



Finanz
28.12.17

Zeitung
der Schweizerischen
Friedensbewegung

Unsere Welt

Unsere Welt
Schweizerische Friedensbewegung
Postfach 2113, 4001 Basel

40. Jahrgang
Nr. 2 – 2017
Solidaritätsbeitrag: Fr. 2.–

Aus dem Inhalt

Atombombe bannen	2
Israel ist ein Apartheid-Staat	3
Pensionskassen an die Kandare	4
Der Fall Ana Belén Montes: Relikt des Kalten Krieges	5
Die Letzte Kolonie Afrikas	6
Droht neuer Koreakrieg?	7
Sacco & Vanzetti	8



«Non-Violenc» – Gewaltlosigkeit: Die Skulptur des Schweden Carl Frederik Reuterswärd wurde der UNO 1988 von Luxemburg geschenkt und steht vor dem UNO-Hauptquartier in New York. Foto Giorgio Galeotti

Waffen aushungern lassen

Brot statt Bomben

Der Kontrast könnte nicht grösser sein. Hier der weltweite Aufschrei humanitärer Organisationen, ohne Soforthilfe würden in diversen Kriegsgebieten Millionen von Menschen an Hunger sterben. Dort die Regierungen, die allesamt beschliessen, den alles verzehrenden Schlund ihrer nimmersatten Militärs mit neuen Waffen und Rüstungen vollzustopfen.

Von Martin Schwander

Der halbnackte jemenitische Knabe, der uns aus dem TV-Gerät anblickt, mag zwei Jahre alt sein. Sein Gesicht ist ernst, seine dunklen Augen drücken das ganze Elend eines kurzen, hoffnungslosen, von Krieg und Hunger und Verlusten geprägten Lebens aus. Er wird es wohl bald überstanden haben: Nach Schätzung der UNICEF stirbt in seiner Heimat alle zehn Minuten ein Kind an Unterernährung und Krankheit. «Die Lage der Bevölkerung im Jemen ist unmenschlich», schreibt die UNICEF. «Es fehlt den Menschen an allem – Wasser, Nahrung, Medikamente und Schutz. Der seit 2015 anhaltende Krieg zwischen Militär, Terrorgruppen und Rebellen hat die ohnehin grosse Armut des Landes noch verstärkt. Millionen Kinder sind auf der Flucht und dringend auf Hilfsorganisationen wie UNICEF angewiesen.» 36 Euro würde es laut UNICEF kosten, ein Kind einen Monat lang zu ernähren, für 52 Euro wären zwei Erste-Hilfe-Sets mit Medikamenten, Impfstoffen und Verbänden zu haben, für 125 Euro gar 25 Kanister sauberes Trinkwasser für mehrere Familien.

Dasselbe Fernsehgerät schwenkt nur wenige Minuten später ins Hauptquartier der NATO in Brüssel und zeigt einen befriedigten NATO-Generalsekretär: Der Reihe nach haben in

den letzten Wochen die Regierungen der NATO-Mitgliedsländer ihren Willen bekräftigt, die «Verteidigungsbudgets zu erhöhen. Das Ziel, das sich die NATO 2014 am Gipfel in Wales gesteckt hat, nämlich dass jedes Mitglied mindestens 2% seiner Wirtschaftsleistung in die eigenen Wehretats fliessen lässt, scheint erreichbar denn je. US-Aussenminister Rex Tillerson will am kommenden NATO-Gipfel von Brüssel entsprechende Meilensteine verbindlich festsetzen lassen. Wen kümmerts, dass dabei ein anderes Ziel auf der Strecke bleiben muss?

UNO-Vorgabe weit verfehlt

1970 (!) gaben sich die Vereinten Nationen vor, dass die Industrieländer 0,7 Prozent ihres Bruttoinlandproduktes für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit einsetzen sollten. Erneuert wurde dieses Vorhaben im Jahr 2000 bei der Bekanntgabe der Millenniumsentwicklungsziele, die bis 2015 hätten umgesetzt werden sollen. Nur die wenigsten Länder haben den angepeilten Prozentsatz auch erreicht. Die Schweiz beispielsweise liegt unter den 29 Mitgliedstaaten des OECD-Entwicklungsausschusses zwar an 8. Stelle, hat mit 0,52% (2015) das angestrebte Ziel aber ebenfalls deutlich verfehlt.

Man sorgt sich halt hierzulande lieber um die Lebenszeit von Kampf-

flugzeugen als um das Überleben der Menschen beispielsweise in Ostafrika. Wie etwa der Bundesrat, wenn er dem Parlament für Rüstung und Immobilien Kredite in der Höhe von über 2 Milliarden Franken beantragt. 450 Millionen Franken sind dabei für die Verlängerung der Lebensdauer der F/A-18-Kampffjets reserviert. Ganze 1000 Flugstunden mehr sollen so ermöglicht werden. Man rechne: Würden die Kampffjets auf eine Stunde ihres Lebens verzichten, stünden 450 000 Franken für andere Zwecke zur Verfügung, beispielsweise Nahrung während eines ganzen Monats für über 13 000 Kinder im Jemen. Laut einem Spendenaufruf der UNO werden 24 Millionen US-Dollar allein für die Soforthilfe in Somalia benötigt. Nur gerade 0,4 Prozent davon sind laut «medico international» bisher finanziert. Kürzten unsere Schweizer F/A-18 ihr so wertvolles Flugleben um einen einzigen Tag, wäre das UNO-Paket zur Hälfte gesichert.

Wie verzweifelt machen sich die Zahlen aus, wenn man sich ihre Dimensionen vor Augen führt? Es gab eine Zeit, da scheuten sich bedeutende Politiker nicht, diese Vergleiche zu ziehen. Fidel Castro etwa, als er am 12. Oktober 1979 an der UNO-Vollversammlung als Vorsitzender der Blockfreien deren Forderung nach einem auf zehn Jahre angelegten Entwicklungsfonds von 300 Milliarden Dollar vertrat. «Einige denken vielleicht, wir verlangen zu viel. Ich halte diese Summe für durchaus bescheiden.» Statistischen Angaben zufolge würden in der Welt jährlich mehr als 300 Milliarden Dollar für Rüstungszwecke ausgegeben. «Mit diesen 300 Milliarden Dollar könnten in einem Jahr 600 000 Schulen für insgesamt

Fortsetzung Seite 2

ANSWER-Koalition zu den Bomben von Trump Eskalation stoppen

Nach Redaktionsschluss erreichte uns die Nachricht vom Raketenbeschluss eines syrischen Flughafens durch die US-Armee. Wir geben hier eine erste Reaktion der US-amerikanischen Antikriegscoalition ANSWER weiter, die unmittelbar nach dem Beschluss verfasst worden ist. ANSWER ruft darin Menschen und Organisationen landesweit zu Demonstrationen für einen sofortigen Stopp der Kriegshandlungen auf.

Die Trump-Administration hat im Nahen Osten einen weiteren US-Aggressionskrieg begonnen. Diesmal ist Syrien das Ziel. Mehr als 70 US-Marschflugkörper haben Syrien heute Nacht getroffen.

Es ist bemerkenswert, dass nur Stunden vor dem Trumpschen Militärschlag gegen Syrien Hillary Clinton zurück ins Rampenlicht trat, um von Trump einen ebensolchen Militärschlag zu fordern. Trump-Republikaner und Demokraten werden auf der Grundlage eines neuen US-amerikanischen Krieges im Nahen Osten wieder zueinanderfinden.

Erneut wird eine US-imperialistische Aktion gegen ein unabhängiges, souveränes Land des Nahen Ostens unter dem Vorwand durchgeführt, die Zivilbevölkerung vor Massenvernichtungswaffen zu schützen. Damit folgen die USA einem bewährten Skript.

Die Heuchelei der Kriegshetzer unter den Politikern und Medien ist umwerfend. Die Vereinigten Staaten haben den Irak, den Jemen und andere Gebiete täglich bombardiert und in einem einzigen Angriff in Mossul Hunderte von Zivilisten getötet. Unzählige Familien, einschliesslich ihrer Kinder, wurden durch amerikanische Bomben ermordet. Die US-amerikanischen Medien haben sich über diese Verbrechen ausgeschwiegen.

Allein im März dieses Jahres hat das Pentagon den Jemen 70 mal bombardiert, mehr als zuvor im ganzen 2016, und fährt fort, den von den Saudis angeführten Genozid mit Bomben und Bombern zu unterstützen.

Jetzt bombardiert die US-amerikanische Regierung die weltliche Regierung von Bashar Al-Assad genau in dem Moment, wo die syrische Armee über Al Qaeda, den sogenannten Islamischen Staat ISIS und andere

bewaffnete terroristische Organisationen Oberhand erlangte. Die syrische Regierung bestreitet, chemische Waffen zu verwenden. Anstatt zuerst zu bombardieren und erst danach Fragen zu stellen: Sollte nicht zuerst eine objektive Untersuchung den tatsächlichen Sachverhalt herausfinden?

Wieder beschreibt die US-amerikanische Regierung ihre Kriegsmotive als humanitär. Wieder behauptet die US-amerikanische Regierung zur Begründung ihrer Bombenkampagne, die ins Visier genommene Regierung besitze und wende Massenvernichtungswaffen an.

An diesem Punkt sollte jedermann in den Vereinigten Staaten annehmen, dass die US-amerikanische Regierung, das Pentagon und der CIA lügen, wenn sie sich bemühen, diese neue militärische Aggression zu rechtfertigen.

Denn vergessen wir nicht, dass die US-amerikanische Regierung auch damals behauptet hat, sie könnte nicht anders als in den Krieg zu ziehen, um die Regierung von Saddam Hussein davon abzuhalten, Massenvernichtungswaffen einzusetzen. Keine dieser Waffen existierte 2003. Hunderttausende von Irakern sind gestorben, Zehntausende US-amerikanischer Militärangehöriger haben lebensverändernde Verletzungen davongetragen oder wurden getötet, Irak zerfiel und läutete damit die Geburt des Islamischen Staates ein.

Die Militärschläge von Trump gegen Syrien stellen eine ernste Gefahr dar, in eine regionale oder sogar globale Konfrontation zu eskalieren. Die syrische Regierung wird in ihrem Kampf gegen Al Qaeda, ISIS und andere bewaffnete Gruppen von Russland und dem Iran unterstützt.

ANSWER-Koalition, 7. April 2017

Schweizerische Friedensbewegung SFB Jahrestagung 2017

Samstag, 13. Mai 2017, 16.00 Uhr
Restaurant Rebhaus (Saal)

Riehenstr. 11, Basel (nahe Wettsteinplatz)

Traktanden:

Jahresberichte • Sekretariat • Redaktion • Finanzen
Wahl des Vorstandes • Ausblick und Anregungen

Anschliessend gemeinsames Abendessen.

Die Jahresversammlung ist öffentlich.

Interessierte sind herzlich eingeladen!

Finanz
28.12.17



Den Hunger vernichten, nicht den Menschen: Plakat des kubanischen Grafikers Jorge Carlos Cintrón Suárez. © ACCS

Fortsetzung von Seite 1

Brot statt Bomben...

400 Millionen Kinder oder 60 Millionen Komfortwohnungen für 300 Millionen Menschen oder 30 000 Krankenhäuser mit 18 Millionen Betten oder 20 000 Fabriken mit über 20 Millionen Arbeitsplätzen errichtet oder aber 150 Millionen Hektar Boden bewässert werden, so dass bei einem entsprechenden technischen Niveau der Bodenbearbeitung Milliarden von Menschen ernährt werden könnten. So viel verschwendet die Menschheit jedes Jahr auf militärischem Gebiet. Hinzu kommt das enorme Reservoir an jungen Menschen, wissenschaftlich-technischen Ressourcen, an Brennstoffen, Rohstoffen und anderen Gütern. Dieser horrende Preis wird dafür gezahlt, dass in der Welt kein wirkliches Klima des Vertrauens und des Friedens herrscht. ... Einige mögen diese Forderung für irrational halten: Wirklich irrational aber sind die Torheit der heutigen Welt und die der Menschheit drohenden Gefahren.»

Die Rechte der Menschheit

Waffengeklirr, laute Drohungen und der Kampf um Vorherrschaft auf internationaler Ebene müssten aufhören, dränge der kubanische Revolutionsführer die Weltversammlung im UNO-Hauptquartier zu konkreten Taten. «Schluss mit der Illusion, die Probleme der Welt könnten mit Kernwaffen gelöst werden. Die Bomben können die Hungernden, die Kranken und die Unwissenden töten, doch den Hunger, die Krankheit und die Unwissenheit können sie nicht beseitigen.»

Und als Stimme des Südens las er dem versammelten Norden in New York die Leviten: «Es wird häufig von den Menschenrechten gesprochen, aber man muss auch von den Rechten der Menschheit sprechen.

Warum müssen einige Völker barfuss gehen, damit andere in Luxusautos fahren können? Warum können einige nur 35 Jahre leben, damit andere 70 Jahre leben? Warum müssen einige bettelarm sein, damit andere steinreich sind?

Ich spreche im Namen der Kinder der Welt, die kein Stück Brot haben. Ich spreche im Namen der Kranken, die keine Medikamente haben. Ich spreche im Namen derer, denen das Recht auf Leben und Menschenwürde versagt ist.

Einige Länder haben ein Meer, andere nicht. Einige haben Energieträger, andere nicht. Einige haben einen Überfluss an Land für die Produktion von Nahrungsmitteln, andere nicht. Einige verfügen über derartig viele Maschinen und Betriebe, dass man ihre verpestete Luft kaum noch atmen kann. Andere haben lediglich ihre mageren Arme, um sich ihr Brot zu verdienen.

Einige Länder verfügen schliesslich über reichliche Ressourcen, während andere gar nichts haben. Welches Schicksal erwartet sie? Hungers zu sterben? Ewig arm zu bleiben? Wozu ist denn die Zivilisation da? Was nützt das Bewusstsein der Menschen? Wozu gibt es die Vereinten Nationen? Welchen Sinn hat die Welt? Man kann nicht im Namen von Millionen Menschen, die Jahr für Jahr auf der ganzen Welt verhungern oder an heilbaren Krankheiten sterben, vom Frieden sprechen. Im Namen von 900 Millionen Analphabeten kann man nicht von Frieden sprechen.»

Frieden und Entwicklung

Fidel Castro wies immer wieder auf die enge und unlösbare Verbindung von Frieden und Entwicklung hin. 1987 beispielsweise meinte er vor versammelter kommunistischer und sozialdemokratischer Prominenz in Moskau: «Man kann sich eine Entwicklung ohne Frieden und Abrüstung nicht vorstellen, und es wäre unrealistisch, an einen Frieden ohne Entwicklung zu denken.»

Damit sah er sich einig mit dem Weltfriedensrat und dem grössten Teil der weltweiten Friedensbewegung. Aber nicht nur mit ihr. Auch die Nord-Süd-Kommission unter Willi Brandt hatte bereits 1980 in ihrem Bericht an den UNO-Generalsekretär den unmittelbaren Zusammenhang von Aufrüstung im Norden und Armut im Süden dokumentiert: «Nur langsam wird den Menschen klar, welche Aussichten sich eröffnen könnten, wenn es gelänge, auch nur einen Teil der unproduktiven Ausgaben für Waffen in produktive Aufwendungen für Entwicklungsaufgaben umzulenken.» Die Brandt-Kommission illustrierte ihre Aussage mit vier Beispielen:

«1. Die Militärausgaben allein eines halben Tages würden ausreichen, um das gesamte Programm der Weltgesundheitsorganisation zur Ausrottung der Malaria zu finanzieren. Noch weniger würde benötigt, um die Flussblindheit zu besiegen, die immer noch eine Geissel für Millionen Menschen darstellt.

2. Ein moderner Panzer kostet etwa eine Million Dollar. Mit diesem Geld könnte man die Lagermöglichkeiten von 100 000 Tonnen Reis so verbessern, dass der Verderb von jährlich 4 000 Tonnen oder mehr ausgeschaltet würde. (Ein Mensch kann mit gut einem Pfund Reis am Tag leben.) Mit demselben Geld könnte man auch 1 000 Klassenräume für 30 000 Schulkinder errichten.

3. Für den Preis nur eines Kampfflugzeuges (20 Millionen US-Dollar) könnte man etwa 40 000 Dorfpapotheken errichten.

4. Mit der Hälfte von einem Prozent der jährlichen Rüstungsausgaben könnte man all die landwirtschaftlichen Geräte anschaffen, die erforderlich sind, um in den armen Ländern mit Nahrungsmitteldefizit die Agrarproduktion bis 1990 zu verbessern und sogar die Selbstversorgung zu erreichen.»

Rückblickend schrieb Willi Brandt in Nummer 2/1986 der Zeitschrift «Vereinte Nationen»: «Weltweit kann wirkliche Sicherheit nur gewonnen werden, wenn in einer gemeinsamen Anstrengung nicht nur der Anhäufung von Waffen ein Ende gemacht wird, sondern wenn auch die anderen und für viele Menschen in vielen Ländern wichtigeren Ursachen der Spannungen und Konflikte beseitigt werden. Das Überleben der Menschheit hängt gewiss nicht allein von militärischem Gleichgewicht, sondern ebenso von der Minderung der weltweit bestehenden Ungerechtigkeiten ab. Viel von der Unsicherheit in der Welt steht in unmittelbarem Zusammenhang mit den krassen Unterschieden zwischen reichen und armen Ländern, und unerträgliche Ungerechtigkeit und Massenhunger sind die Wurzel der Instabilität. Gleichzeitig werden unvorstellbare Summen für Rüstung und Militär aufgewendet, werden die besten Köpfe in den Industrieländern in der Erforschung und Entwicklung neuer Waffen beschäftigt. Eine Kontrolle der sogenannten Verteidigungsausgaben und die Verwendung eines Teils der eingesparten Mittel für die Entwicklung würde die Sicherheit in der Welt weit mehr erhöhen als die militärische Verwendung der Mittel. Für die Masse der Menschheit, von deren Lebensqualität und Befriedigung der Grundbedürfnisse zu reden eine reine Hohn ist, wäre dies endlich ein Funken Hoffnung auf ein etwas erträglicheres Dasein.»

Das war 1986. Wir wissen: Nicht die Rüstungsausgaben sind seither gesunken, sondern die Hemmschwelle, diese Rüstungen zur Durchsetzung imperialer Interessen auch einzusetzen. Mit dem Ende der Sowjetunion und des sozialistischen Lagers wurde die friedliche Koexistenz begraben und die NATO hatte freie Bahn: Ganze 47 Kriege listet etwa Wikipedia seit 1990 auf und die Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung von der Universität Hamburg nennt in ihrer jährlichen Übersicht allein für 2015 22 fortdauernde Kriege und 10 sogenannte bewaffnete Konflikte.

1 676 000 000 000 Dollar

Kein Wunder deshalb, dass die Gesamtsumme der Rüstungskosten seit den Berichten von Fidel Castro und Willi Brandt noch einmal stark zugenommen hat. Laut SIPRI erreichte sie 2015 1,676 Billionen Dollar, was 2,3 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts entspricht. Mit 600 Milliarden Dollar haben die USA ihren «America first»-Anspruch auch hier behauptet. «Wenn man den «Schattenetat» des Pentagon, die «Notfallgelder» für die Kriege im Irak und Afghanistan und andere verborgene



Drei Wünsche. Karikatur: Osval/Juventud Rebelde

Ausgaben berücksichtigen würde, so würde sich die tatsächliche Zahl laut dem Center for International Policy auf bis zu eine Billion Dollar belaufen», rechnet die World Socialist Web Site wsws.org. vor.

Gemäss SIPRI betrieb die Volksrepublik China mit 215 Milliarden Dollar 2015 weiterhin die zweitgrösste Kriegsmaschinerie der Welt, gefolgt von Saudi-Arabien mit insgesamt 87,2 Milliarden Dollar – alleine für den Krieg im Jemen gingen 5,3 Milliarden Dollar drauf. «Russland, dessen

Militär von den amerikanischen und europäischen Medien unaufhörlich als die wichtigste Bedrohung für den Weltfrieden dargestellt wird, hat im letzten Jahr nur 66,4 Milliarden Dollar ausgegeben, deutlich weniger als das halbfeudale US-Klientelregime in Saudi-Arabien», kommentiert Thomas Gaist auf wsws.org.

Und auch er setzt die Aufwendungen für Tod und Verderben in Relation zu lebenserhaltenden Alternativen: «Laut einer Einschätzung der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen würde die Umverteilung eines Bruchteils der jährlichen Militärausgaben für sozial nützliche Zwecke ausreichen, um zahlreiche Probleme der Weltgemeinschaft zu lösen. Die Analyse der UN kommt zu dem Schluss, dass 265 Milliarden Dollar pro Jahr ausreichen würden, um die extreme Armut und den Hunger weltweit zu beenden. Dies wären bei den Kosten des Jahres 2015 weniger als 13 Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben. Weitere 240 Milliarden Dollar – oder zwölf Prozent der jährlichen Rüstungsausgaben – würden ausreichen, um eine weltweit umfassende Grund- und Sekundarschulbildung zu finanzieren. Vier Prozent der jährlichen Militärausgaben könnten laut der UN eine umfassende Sicherheit der landwirtschaftlichen und der Nahrungsmittelproduktion garantieren. Drei Prozent könnten einen allgemeinen Zugang zu Wasser und sanitären Einrichtungen

sichern, elf Prozent moderne Energie, und zwölf Prozent eine allgemein zugängliche Telekommunikationsinfrastruktur.»

«Keine Regierung oder etablierte Partei», so schliesst Gaist seine bittere Bilanz, «gibt auch nur vor, die Rüstungsausgaben für solche Sozialausgaben umzuverteilen». Oder wie «medico international» meint: «Dieser tägliche Wahnsinn, der allen bekannt ist, die davon wissen wollen, ist weltweit zur Normalität geworden.»

Reden erst die Völker selber...

Das kann doch nicht so bleiben! Das darf nicht so bleiben! Wir müssen den Wahnsinn ansprechen, ihn seiner Normalität entreissen. Ohne Ressourcen für die Entwicklung wird es keinen Frieden geben und nur Frieden kann die dazu notwendigen Ressourcen freisetzen. Abrüstung, vom nuklearen Sprengkopf bis zur kleinkalibrigen Pistole, muss sich an die Spitze jeglicher Agenda vorkämpfen. Das Thema der Konversion, der Umrüstung von Rüstungsbetrieben in zivile Produktionsstätten, muss in den Gewerkschaften wieder Priorität erlangen. Vonnöten ist dazu ein neuer Schwung, eine neue Volksbewegung, die dies auch erzwingt. Denn machen wir uns keine Illusionen: Das müssen die Völker selbst packen. Wie Bertold Brecht es in seinem Solidaritätslied sagt: «Reden erst die Völker selber, werden sie schnell einig sein.»

Erste Runde zu einem A-Waffen-Verbot

Atombombe bannen

In New York wurde am Sitz der UNO die erste Verhandlungsrunde zu einem Atomwaffenverbot beendet. Die Aufnahme dieser Verhandlungen wurde im Dezember 2016 von 112 Staaten beschlossen. Die Schweiz hatte sich damals der Stimme enthalten, jetzt aber doch eine Delegation entsandt.

Zum Ende der ersten Verhandlungsrunde über ein internationales Atomwaffenverbot ziehen Friedensaktivisten eine positive Bilanz. Eine Woche lang haben sich 132 Staaten bei den Vereinten Nationen in New York getroffen, um über einen Verbotsvertrag zu beraten. Die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) sieht darin einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu einer friedlichen Welt. «Seit Jahren blockieren die Atommächte eine Abrüstung ihrer Nuklearwaffenarsenale. Erstmals nehmen das die atomwaffenfreien Staaten nicht mehr hin und arbeiten an einem völkerrechtlichem Verbot. Das wird diese Massenvernichtungswaffen ächten und setzt die Atommächte unter Druck», sagt Sascha Hach von ICAN Deutschland.

Leider haben alle Atomwaffenstaaten sowie die meisten NATO-Länder, darunter auch Deutschland, die Verhandlungen bislang boykottiert. «Zum Glück können die Blockierer den Prozess nicht aufhalten», sagt Hach. «Ein Atomwaffenverbot wird kommen. Mitte Juni beginnt die nächste Verhandlungsrunde, vielleicht wird noch in diesem Jahr das Abkommen beschlossen.» Den Vertrag werden zunächst voraussichtlich nur Länder ohne Nuklearwaffen unterzeichnen. Doch die heutigen Atomwaffenstaaten können später hinzukommen, wenn sie ihre Arsenale vernichtet haben oder konkrete Pläne zur Abrüstung vorlegen. Details zu diesen Möglichkeiten werden noch verhandelt.

Ein Verbot hätte nicht nur symbolische Auswirkungen. So könnte es beispielsweise sein, dass die US-Atombomben aus jenen Ländern abgezogen werden müssten, die den Vertrag unterschreiben.

Unter den Verhandlungsstaaten besteht quasi Einvernehmen darüber, dass Lagerung, Einsatz, Besitz, Erwerb, Entwicklung und Produktion von Atomwaffen verboten sein sollen.

Auch die Forderung nach einem expliziten Verbot der Finanzierung von atomwaffenbezogenen Aktivitäten wird weitgehend geteilt, wenngleich einige Staaten noch Fragen zur konkreten Umsetzung aufgeworfen haben.

In ihrer Ansprache bezeichnete die Ständige Vertreterin Kubas vor der UNO, Anayansi Rodríguez, das aktuelle Szenarium, das von der Existenz von über 15 000 atomaren Sprengköpfen gekennzeichnet ist, als inakzeptabel. Die Nuklearwaffen seien die einzigen Massenvernichtungswaffen, die noch nicht mittels eines gesetzlich bindenden Rechtsinstruments verboten wurden.

Nach den Worten der Botschafterin führte ein Rechtsinstrument dieser Art für sich allein zwar noch nicht zur Abrüstung, doch würde es die Unge-setzlichkeit und Gesetzwidrigkeit der Atomwaffen im internationalen Recht kodifizieren und das Erstellen von Normen und Regeln begünstigen, um deren Eliminierung zu erleichtern.

IKRK-Präsident Peter Maurer sagte, dass der neue Vertrag «das Stigma» gegen den Einsatz nuklearer Waffen verstärken und der Umsetzung der Abrüstungsverpflichtungen neuen Impuls verleihen werde. Wie bei den anderen Massenvernichtungswaffen würde «eine klare und eindeutige Ächtung der Grundstein zur Eliminierung bilden», so Maurer.

Die zweite Verhandlungsrunde wird vom 15. Juni bis zum 7. Juli in New York stattfinden. (icanw.de/granma.cu)

Pro memoria: Bereits am 22. November 1950 forderte der 2. Weltfriedenskongress in Warschau das «Bedingungslose Verbot der Atomwaffen jeder Art, der bakteriologischen, chemischen und radioaktiven Waffen sowie der Gift- und aller anderen Massenvernichtungswaffen. Anklageerhebung wegen Kriegsverbrechen gegen jene Regierung, die als erste solche Waffen anwendet.»

Auch wenn der Bericht zurückgezogen wurde...

Israel ist ein Apartheidstaat

Ein historischer UN-Bericht verurteilte erstmals die verbrecherische Besetzung Palästinas und die von Rassismus durchsetzte Politik Israels als «Apartheid». Auch wenn der Bericht auf Druck der USA und Israels zurückgezogen wurde, entspricht die Einschätzung der Realität. Die Situation vor Ort zeichnet ein klares Bild: Israel ist ein Apartheidstaat.

Von Jakob Reimann

«Israel ist des internationalen Verbrechens der Apartheid schuldig.» Mit diesen Worten stellte Richard Falk Mitte März einen frisch erschienenen UN-Bericht vor, während seine Kollegin Virginia Tilley klarstellt: «Wir reden nicht länger vom Risiko der Apartheid, sondern von der Anwendung von Apartheid.»

Ein folgenschwerer Bericht

Die beiden international renommierten US-Wissenschaftler leiteten für die UN-Organisation «Wirtschafts- und Sozialkommission für Westasien» (ESCWA) die Untersuchung über die Behandlung der Palästinenser durch Israel, die zu dem Schluss kommt: «Fern jedes vernünftigen Zweifels, belegen die Beweise, dass Israel schuldig ist, ein Apartheidregime gegen das palästinensische Volk errichtet zu haben.» Der Bericht räumt ein, dass es jedoch eines ordentlichen internationalen Gerichtsverfahrens bedarf, um diesen Schlussfolgerungen die nötige Autorität zu verleihen und regt daher an, UN-Gerichte sollten diese Aufgabe übernehmen. In all seiner Brisanz ist der Bericht ein historischer Meilenstein, denn es ist das erste Mal, dass eine UN-Organisation die permanenten Verbrechen Israels als «Apartheid» bezeichnet.

Die Reaktionen und Diffamierungen der üblichen Verdächtigen waren so plump wie vorhersehbar. So sagte der israelische UN-Botschafter Danny Danon, der Bericht sei «ekelhaft und eine unverschämte Lüge,» die US-Regierung war «schockiert,» und das israelische Außenministerium verglich den Bericht mit Der Stürmer – der antisemitischen Hetzpropagandaschrift der Hitler-Jahre. Auch der Sprecher des UN-Generalsekretärs distanzierte sich von dem Bericht und liess mitteilen, es handle sich um eine Einzelmeinung und keine offizielle UN-Sicht. Sowohl die israelische als vor allem auch die Trump-Regierung übten erheblichen Druck auf UN-Generalsekretär António Guterres aus, den Bericht zurückzuziehen, doch die für die Studie verantwortliche ESCWA-Chefin Rima Khalaf weigerte sich und kündigte aus Protest lieber ihre Stelle bei der UN. Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas gab bekannt, Rima Khalaf für ihren «Mut und Unterstützung» für das palästinensische Volk mit der Palestine Medal of the Highest Honour auszeichnen zu wollen.

Völkerrecht und Nazipropaganda

Quer durch den Bericht machen die Autoren der Studie deutlich, dass sie an ihre Forschungsarbeit nur einen einzigen Massstab angelegt haben: den des Internationalen Völkerrechts, hierbei explizit die Definitionen von Apartheid, wie sie die Vereinten Nationen und der Internationale Strafgerichtshof anwenden. Bei der Lektüre beider Vertragstexte fällt es schwer, auch nur einen einzigen Punkt zu finden, der auf die Behandlung der Palästinenser durch Israel nicht zutrifft: systematische Folter und Ermordung, rechtswidrige und willkürliche Inhaftierung, Beschneidung grundlegender Menschenrechte, etwa von Religions-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Verwehrung von politischer, kultureller und wirtschaftlicher Teilhabe, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung,

«ausgeführt mit dem Ziel, die Herrschaft einer rassischen Personengruppe über irgendeine andere rassische Personengruppe herzustellen und aufrechtzuerhalten und [die Letztere] systematisch zu unterdrücken.»

All diese vor mehr als vier Jahrzehnten im Zusammenhang mit der Apartheid in Südafrika niedergeschriebenen Punkte treffen auf Israel 2017 zweifelsfrei zu. Der schändliche Versuch der israelischen Regierung, den UN-Report als Nazipropaganda zu diffamieren, läuft damit ins Leere, denn technisch gesehen stellt sie mit dem Nazivorwurf vielmehr Der Stürmer und das Völkerrecht auf dieselbe Stufe.

Doch was ist es nun im Konkreten, das Israel zum Apartheidstaat macht? Einige Kernpunkte.

Einwanderung als Apartheidinstrument

Eines der Kernthemen des zurückgezogenen UN-Berichts ist die Einwanderungspolitik Israels als zentrales Werkzeug der Apartheid. Während es allen Juden dieser Welt – und deren Ehepartnern, ihren Kindern, Enkeln und all deren Ehepartnern – möglich ist, staatlich alimentiert nach Israel zu emigrieren, ist dies den im Zuge der israelischen Staatsgründung 1948 vertriebenen Palästinensern und de-



Die israelische Mauer quer durch Palästina zieht sich weit ins Westjordanland hinein. Foto Adam Walker Cleaveland/Flickr

ren Nachkommen strengstens untersagt. Die UN beziffert die palästinensischen Flüchtlinge weltweit auf rund 5 Millionen, die damit die mit Abstand grösste Flüchtlingsgruppe darstellen. Die weltweit etwa 8 Millionen nicht in Israel lebenden Juden hingegen könnten jederzeit nach Israel auswandern, obwohl sie in aller Regel keine persönlichen Wurzeln im Land haben. Diese religiös und ethnisch begründete Einwanderungspolitik ist im Kern rassistisch und wird vom UN-Bericht – zusammen mit einigen anderen Massnahmen wie der ethnischen Säuberung '48 – mit dem etwas dystopisch anmutenden jedoch gänzlich zutreffenden Begriff des «demographic engineering» charakterisiert.

Ein junger Palästinenser, der im Askar Refugee Camp bei Nablus lebt, erzählte mir, seine Grosseltern seien '48 von jüdischen Milizen mit Waffengewalt aus dem schönen Haifa am Mittelmeer vertrieben und mit unzähligen anderen in dieses Camp im Westjordanland gepercht worden. Er selbst kennt das nicht allzu weit entfernte Haifa natürlich nur von Bildern und Erzählungen, dennoch beharrt er verständlicherweise auf seinem Recht, irgendwann nach Haifa

«zurückzukehren». Während wir im schäbigen Askar Camp standen und mein Kumpel mir von seinen Träumen erzählte, schauten wir auf die zusehends wachsende illegale jüdische Siedlung auf dem Hügel gegenüber, mit ihren Villen, schwerstens vom Militär bewacht – das ist Apartheid.

Israelische Siedlungen sind Kriegsverbrechen

Neben der Frage des Rückkehrrechts der Flüchtlinge von '48 sind die israelischen Siedlungen im Westjordanland das zweite Kernthema im Palästina-Israel-Konflikt. Als explizit jüdische Siedlungen sind sie integraler Bestandteil der israelischen Apartheid, ein rassistisches Werkzeug der «Judaisierung Palästinas» – und in meinen Augen das grösste Hindernis zu einem gerechten Frieden. Um eines klar zu sagen: jede jüdische Siedlung in den besetzten palästinensischen Gebieten ist illegal. Jede. Die Vereinten Nationen haben über die Jahrzehnte in vielen Resolutionen die jüdischen Siedlungen verurteilt und sich dabei stets auf die Genfer Konventionen berufen, die unzweideutig feststellen:

«Die Besatzungsmacht darf nicht Teile ihrer eigenen Zivilbevölkerung in das von ihr besetzte Gebiet deportieren oder umsiedeln.»

Jeder israelische Ministerpräsident, der den Siedlungsbau forciert, ist nach den Genfer Konventionen ein Kriegsverbrecher. Auch Benjamin Netanyahu, der den Siedlungsbau wie kein anderer vorantrieb: Allein seit

dem Osloer Friedensprozess 1994 hat sich die Zahl der Siedler im Westjordanland und Ost-Jerusalem auf über 600 000 weit mehr als verdoppelt.

Im Zusammenhang mit der systematischen Zerstörung palästinensischer Wohnhäuser lässt der permanente Ausbau der vorhandenen und der Bau gänzlich neuer Siedlungen die Fläche Palästinas jeden Tag ein Stück weiter schrumpfen, was zur Folge hat, dass das Westjordanland schon heute ein israelisches Meer ist, auf dem verstreute palästinensische Inseln schwimmen. Die von nahezu sämtlichen Akteuren weltweit als die Friedensformel proklamierte Zwei-Staaten-Lösung ist seit Jahren eine Farce, sie ist die zentrale Lüge im Konflikt. Denn es existiert schlicht kein zusammenhängendes Staatsgebiet mehr, auf dem Palästina gegründet werden könnte. Eine dauerhafte Lösung des Israel-Palästina-Konflikts steht und fällt mit der Siedlungsfrage.

Zusammen mit einem palästinensischen Freund fuhr ich einmal aus Versehen mit dem Bus nach Ariel hinein, der grössten israelischen Siedlung im Kern-Westjordanland. Am Militärcheckpoint am Rande der Stadt hielt der Bus und wurde von zwei Soldaten mit Maschinengewehren im Anschlag

auf Araber untersucht. Mein Freund hatte Glück: mit seiner hellen Haut, sah er nicht aus «wie ein Araber.»

Wirtschaftliche Apartheid

Die jüdischen Siedler haben jedoch kein Problem damit, palästinensische Arbeitskraft in ihren Siedlungen auszubuten: offiziell mehr als 20 000 Palästinenser arbeiten unter militärischer Überwachung widerwillig in den israelischen Siedlungen, Tausende mehr ohne Genehmigungen, auch einige meiner Studenten in Nablus verdienen sich mangels Alternativen in den Sommerferien in den Siedlungen schwarz etwas hinzu. Der Zynismus, der dieser absurden Situation innewohnt, liegt auf der Hand, ein zermürbender innerer Kampf der politischen Überzeugung gegen die Notwendigkeit, Essen auf den Tisch zu stellen. So würden 82 Prozent der Arbeiter ihren Job in den Siedlungen sofort einstellen, gäbe es Alternativen zu Hause. «Alle Entscheidungen, die du unter der Besatzung triffst», erklärt die Wirtschaftswissenschaftlerin Ha-deel Badarni, «basieren ausschliesslich auf wirtschaftlichem Überleben, nicht auf kollektiver Selbstbestimmung.» Doch 50 Jahre israelische Besatzung – einhergehend die systematische Zerstörung von Infrastruktur und Ressourcen (etwa die millionenfache Brandrodung und Entwurzelung der so lebenswichtigen Olivenbäume), der tagtägliche Raub von Land und Wasser, das oft eingesetzte Abstellen von Strom, Telefon, Wasser oder Internet als Kollektivbestrafung, die unerträgliche Einschränkung der Transport- und Bewegungsfreiheit durch das dichtmaschige Netz aus Strassensperren, Checkpoints und Militärbasen, die Kontrolle über die palästinensischen Steuereinnahmen und insbesondere die Schikanen und Diskriminierungen der israelischen Behörden auf sämtlichen Gebieten – halten die palästinensische Wirtschaft am Boden, die ohne die Besatzung heute etwa den doppelten Entwicklungsstand hätte, wie 2016 ein UN-Bericht ergab.

Ein Thema, das mir persönlich besonders am Herzen liegt, sind die quer über das Westjordanland verstreuten israelischen Industrieanlagen: So forschten wir an der An-Najah University in Nablus speziell über die Auswirkungen des Chemiekomplexes Nitzanei Shalom auf die Umwelt und die Gesundheit der Menschen des Westjordanlands. Hunderte palästinensischer Arbeiter sind gezwungen, dort unter miserabelsten Bedingungen zu arbeiten. Denn sämtliche Firmen des Chemiekomplexes sind zwar israelisch, es patrouillieren israelische Soldaten und sämtliche Gewinne fließen nach Israel ab, doch sind die Arbeiter unter dem Arbeitsrecht von Jordanien von 1967 angestellt – ein absurder juristischer Trick, dessen sogenannte «Rechtmässigkeit» israelische Gerichte jüngst bestätigten.

Während innen nicht vorhandene Sicherheitsmassnahmen die Arbeiter durch den ungeschützten Umgang mit hochgiftigen Chemikalien krank werden lassen, sind es aussen nicht vorhandene Umweltschutzmassnahmen, die auch die gesamte umliegende Bevölkerung der schönen Stadt Tul-karem krankmachen. Die israelischen Fabriken vergiften das Grundwasser mit Schwermetallen, ebenso die Böden, was Landwirtschaft verunmöglicht. Hochgiftige Abgase werden unbehindert in die Luft geblasen. Die Krebsraten sind um ein Vielfaches höher. Mitglieder jeder Familie der Nachbarschaft leiden unter Lungen-, Haut- und Augenkrankheiten. Als wir an den meterhohen Mauern der Fabrik vorbeiliefen, spürte ich in Rachen und Lunge den stechenden Schmerz der Säure in der Atemluft. Auf der anderen Strassenseite spielten Kinder.

Die allermeiste Zeit des Jahres bläst der Wind gegen Osten – und die hoch-

Jakob Reimann

Jakob Reimann hat im Sommer 2014 sein Masterstudium in Biochemie in Dresden absolviert und arbeitet mittlerweile an der naturwissenschaftlichen Fakultät der An-Najah National University in Nablus, Palästina. Er forscht über die Auswirkungen chemischer Industrieanlagen auf Umwelt und Gesundheit der Menschen in der Westbank. Er ist zudem freiwillig für die Flüchtlingsorganisation PICUM tätig und unterhält den Blog justicenow.de, dem wir auch seinen Beitrag entnehmen durften.

giftigen Abgase auf die palästinensische Seite. Die paar Tage im Jahr, in denen der Wind in Richtung Israel dreht, werden die Fabriken heruntergefahren und stehen still – auch das ist Apartheid.

Uns fehlt der Mut

Zu den hier angesprochenen Aspekten kommt eine Vielzahl weiterer, die das Gesamtbild der israelischen Apartheid zeichnen. Vor allem das israelische Rechtssystem, das eine Bandbreite an vorteilhaften Gesetzen explizit für Juden bereithält. Oder der immanente Rassismus der israelischen Behörden, der sich besonders im Krisenzentrum Jerusalem offenbart, wo Palästinenser oft exorbitant hohe Abgaben und Steuern auf ihre eigenen Häuser zahlen müssen. Es ist ihr undefinierter völkerrechtlicher Status, der etwa Auslandsreisen für viele Palästinenser unmöglich macht. Psychologisch ist es die tagtägliche Demütigung als Menschen zweiter Klasse zu leben. Es gibt die völkerrechtswidrige meterhohe «Apartheid Wall», die tief in das Westjordanland reinschneidet und so Palästinensergebiete annektiert. Und in der Politik ist es natürlich die rechtsextreme zutiefst rassistische Netanyahu-Regierung – die ideologische Inkarnation der Apartheid –, deren Verteidigungsminister illoyalen Arabern «mit einer Axt den Schädel abschlagen» will oder deren Justizministerin offen zum Genozid an den Palästinensern aufruft.

Es ergibt sich recht schnell ein Bild, das erkennen lässt, dass die Autoren des vermeintlich so brisanten UN-Berichts, Richard Falk und Virginia Tilley, richtig liegen mit ihrer Analyse, Israel sei ein Apartheidstaat. Dass dieser historische Bericht nun in den Mülleimern der UN-Zentrale in New York liegt, ist eine Schande, sowie ein Anzeichen für mangelnde Aufrichtigkeit und mangelnden Mut, die Dinge beim Namen zu nennen.

Falk und Tilley erhofften sich durch ihre klaren Worte, das Thema Israel-Palästina wieder stärker ins Bewusstsein der Weltöffentlichkeit zu rücken und so die internationale Gemeinschaft aus supranationalen Organisationen, Staaten, Religionen, der Zivilgesellschaft und Einzelpersonen zum Handeln anzuregen und sie an ihre Verpflichtungen zum Kampf gegen das Menschheitsverbrechen der Apartheid zu erinnern – explizit in historischer Analogie zur Überwindung der Apartheid in Südafrika in den 1990er Jahren. Mit vielfältigen, kreativen Massnahmen der internationalen Gemeinschaft wurde die jahrzehntelange Apartheid in Südafrika zu Fall gebracht – darunter Wirtschafts- und kulturelle Sanktionen, Abzug von Auslandsinvestitionen, Ächtung von Rassismus als Staatsfundament, Handelsboykotte sowie politischer Druck auf sämtlichen Ebenen.

Mit ähnlichen kreativen – bedingungslos gewaltfreien! – Mitteln wird auch das schändliche Apartheid-Regime in Israel zu Fall gebracht.

Was uns fehlt, ist Mut.

Wie der Westen Syrien ins Chaos stürzte

Die den Sturm ernten

Schon wieder Syrien? – «Ja. Unbedingt!», meint Antoinette Mächtlinger und weist uns auf das Buch des «Zeit»-Journalisten Michael Lüders hin, das unter dem Titel «Die den Sturm ernten – Wie der Westen Syrien ins Chaos stürzte» im Verlag C.H.Beck kürzlich erschienen ist.

Von Antoinette Mächtlinger

«Vieles von dem, was ich, der Autor dieses Buches, im Verlaufe der Recherche erfahren musste, hätte ich am liebsten gar nicht erst gewusst – weil auf einmal vermeintliche Gewissheiten oder längst verinnerlichte Überzeugungen auf dem Prüfstand stehen. Wie geht man damit um, wenn das, was zu den grössten Errungenschaften unserer Zeit gehört, nämlich Freiheit und Demokratie, in der Geopolitik zu purem Zynismus verkommt?»

Der Journalist und Buchautor Michael Lüders war viele Jahre Nahost-Korrespondent der «ZEIT». Er kennt alle Länder der Region und gilt als Islamexperte. Im vorliegenden Buch interessieren uns vor allem die – zum Teil erst seit kurzem zugänglichen – Quellen, die der Autor erschliesst und in grössere Zusammenhänge stellt. Wir pflücken einige Beispiele heraus, die zum Weiterlesen in diesem sorgfältig recherchierten und spannend erzählten Buch anregen mögen.

MICHAEL LÜDERS

Die den Sturm ernten

Wie der Westen Syrien ins Chaos stürzte



C.H.Beck

Michael Lüders, *Die den Sturm ernten – Wie der Westen Syrien ins Chaos stürzte* Verlag C.H.Beck, München 2017. 175 S.: mit 1 Karte. Klappenbroschur, ISBN 978-3-406-70780-3. Erhältlich bei Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel, Tel.061 261 02 89; buecher-waser@bluewin.ch

1949: Ein Muster für CIA-Aktionen

Da ist der 30. März 1949. Es geht nach der Gründung Israels um die Umleitung einer arabisch-amerikanischen Pipeline über die Golan-Höhen im unruhigen Syrien.

Seit November 1948 sorgfältig geplant und «logistisch und finanziell begleitet von der CIA», geht nahezu unblutig ein beispielhafter Staatsstreich über die Bühne. Der zuständige CIA-Agent kann am 15. April seinen Vorgesetzten melden: «400 Commies (Kommunisten) in allen Teilen Syriens verhaftet.» Die Folgen des Putsches beschreibt Lüders als schwerwiegend: «Die Instabilität verfestigte sich, ebenso die Strukturen autoritärer Herrschaft und das Misstrauen gegenüber den Amerikanern.» Aber die eigentliche historische Bedeutung geht aus einem von Lüders zitierten Bericht hervor:

«In den folgenden zwei Jahrzehnten gehörten dieser Putsch und seine Abläufe zum Ausbildungsprogramm von CIA-Agenten.»

Offenbar folgte auch der Staatsstreich in Teheran 1953 «exakt dem Ablauf, wie er sich in Damaskus bewährt hatte».

2006: Vorschläge eines US-Diplomaten

Wikileaks stellte im Jahr 2015 Depeschen der US-Botschaft in Damaskus ins Netz. Der damalige Geschäftsträger, William Roebuck (heute US-Botschafter in Bahrain), beschreibt am 13. Dezember 2006 (!) die Schwachstellen des Assad-Regimes und folgert:

«Diese Depesche zeigt unsere Einschätzung dieser Schwachstellen auf und stellt Überlegungen an, mit welchen Taten, Aussagen und entsprechenden Signalen die US-Regierung darauf einwirken kann, dass sich die Wahrscheinlichkeit günstiger Gelegenheiten erhöht.» Er schlägt vor, Khaddam, dem ehemaligen syrischen Vizepräsidenten und Intimfeind der Assads, ein Forum zu schaffen: «Wir sollten die Saudis und andere ermutigen, Khaddam in ihren Medien auftreten zu lassen und ihm reichlich Gelegenheit zu geben, die schmutzige Wäsche Syriens zu waschen. Wir dürfen daraufhin entsprechende Überreaktionen des Regimes erwarten, die es von seinen arabischen Nachbarn zusätzlich isolieren und entfremden dürften.»

2012: Dokument der DIA und E-Mail Clintons

Die DIA (Defence Intelligence Agency) ist der militärische Nachrichtendienst der USA, die «CIA des Mili-

tärs». Im Rahmen des «Freedom of Information Act» musste sie im Mai 2015 Teile eines Dokuments vom 12.8.2012 veröffentlichten. Lüders zitiert: «Wenn die Entwicklung so weitergeht, besteht die Möglichkeit, dass im Osten Syriens ein salafistisches Herrschaftsgebiet entsteht (...). Und das ist auch genau das, was die externen Mächte wollen, die die Opposition unterstützen – in der Absicht, das syrische Regime zu isolieren.» Und in einer E-Mail vom 31.12.2012, die von Wikileaks publiziert wurde, empfiehlt Hillary Clinton, «mit regionalen Verbündeten wie der Türkei, Saudi-Arabien und Katar zusammenzuarbeiten, um syrische Rebellen zu organisieren, zu trainieren und zu bewaffnen.»

Die Rolle der Medien

Lüders spricht verschiedene Themen an, die in unsern Medien gern vernachlässigt oder verfälscht werden.

Beispiel eins, Thema Flüchtlinge:

«Die meisten syrischen Flüchtlinge ausserhalb Syriens, rund drei Millionen, leben in der Türkei. Noch mehr, mindestens fünf Millionen, sind Binnenflüchtlinge, die aus ‚oppositionellen‘ Gebieten in jene des Assad-Regimes geflohen sind, vor allem entlang der Mittelmeerküste. Darüber ist in westlichen Medien so gut wie nichts zu vernehmen...»

Beispiel zwei, Aleppo/Mosul:

«Unmittelbar nach der Rückeroberung haben die Medien ihr Interesse an Aleppo fast vollständig verloren. Ebenfalls von der Bildfläche verschwunden ist das «Aleppo Media Center» im Ostteil der Stadt, vom Westen finanziert und hochgelobt als Forum «unabhängiger Bürgerjournalisten».» Und zu Mosul: «Es wird viele Tote geben, und am Ende könnte Mosul grösstenteils zerstört sein.

Die unterschiedliche Intonierung der Berichterstattung ist kaum zu übersehen. In Aleppo das Inferno, in Mosul der Freiheitskampf.»

Beispiel drei, die westliche Unterstützung Saudi-Arabiens in Jemen:

«Britische Offiziere sitzen in der Leitzentrale der saudischen Luftwaffe und koordinieren mit den Saudis die Angriffe im Jemen, mit Hilfe amerikanischer Aufklärung.» Und: «Saudi-Arabien ist weltweit der zweitgrösste Importeur von Kriegsgerät.» Weiter: «Der wichtigste regionale Verbündete Saudi-Arabiens im Jemen-Krieg sind die Vereinigten Arabischen Emirate. Sie haben Panzerbrigaden und Hunderte Söldner in den Jemen entsandt, wobei die einfachen Kämpfer meist aus Armutsländern wie Bangladesch oder Pakistan stammen, die gehobenen Ränge aus Südamerika, vielfach Kolumbien. Nicht nur aus der Sicht von Friedensforschern das abschreckende Beispiel eines privatisierten Söldnerkrieges, der gleichzeitig eine klare Hierarchie unter Globalisierungsverlierern erkennen lässt.»

Fragen zum Schluss

Welche Bedeutung haben Werte? «Auch patriarchales oder Stammesdenken kann, wie vielfach in der arabisch-islamischen Welt, als hohes Gut gelten – als Ausdruck von Solidarität und einer göttlich inspirierten Ordnung, die den Menschen Halt gibt. Was folgt daraus, aus der Perspektive moralischer Selbstgewissheit? Die Zwangsmisionierung? Nach welchen Kriterien ergreifen diejenigen, die sich allein den Menschenrechten verpflichtet glauben, wann und wo Partei? Warum in Syrien und nicht etwa im Jemen?»

Weitere Fragen werden Sie sich bei der Lektüre stellen...

Breites Bündnis lanciert Volksinitiative

Pensionskassen an die Kandare

Um die 40 Organisationen aus dem links-grünen und friedenspolitischen Spektrum unseres Landes scharen sich um eine neue Initiative, welche zum Verbot von Kriegsgeschäften durch «die Schweizerische Nationalbank, Stiftungen sowie Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge» führen soll.

Von Martin Schwander

Das Bündnis «Für ein Verbot von Schweizer Kriegsgeschäften», dem auch die Schweizerische Friedensbewegung SFB angehört, ist sich einig: Kein Schweizer Geld für die Kriege dieser Welt! Dies zu erreichen unter den Bedingungen der freien Marktwirtschaft ist allerdings gar nicht so einfach. Den Hebel ansetzen können die Initianten des neuen friedenspolitischen Vorstosses denn auch nur konkret dort, wo der Staat das Sagen hat: Bei der Schweizerischen Nationalbank, den Stiftungen und den Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge.

Innen soll per Bundesverfassung künftig untersagt werden, ihre Gelder in Unternehmen zu platzieren, die mehr als fünf Prozent ihres Jahresumsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erzielen.

Damit wären nicht nur Peanuts betroffen. Gemäss Factsheet des Bündnisses investierte die Schweizerische Nationalbank 2016 «mindestens 800 Millionen Franken in US-amerikanische Atomwaffenproduzenten» und auch die Schweizer Pensionskassen stünden nicht hintenan: Ihnen attestiert das Bündnis Investitionen «zwischen 4 und 12 Milliarden Franken in Kriegsmaterialproduzenten».

Keinen direkten Einfluss nehmen kann die Initiative auf die Banken und Versicherungen. Deren Investitionen in das Geschäft mit dem Tod sind ebenfalls bedeutend: Laut Bündnis beliefen sich 2015 allein jene von UBS und Crédit Suisse auf fast 7

Milliarden Franken. Dieser dem helvetischen Wirtschaftssystem geschuldeten Schwachstelle im Initiativtext wird mit folgendem Passus Rechnung getragen: «Der Bund setzt sich auf

Kriegsmaterialproduzenten wären ab Annahme untersagt und bestehende Finanzierungen müssten innerhalb von vier Jahren abgestossen werden.

«Die Initiative leistet einen Beitrag zu einer friedlicheren Welt», schreibt das Bündnis. «Waffen sind kein Produkt wie jedes andere. Sie werden hergestellt, um Menschen zu töten. Möglichst viele, möglichst effizient.



Dieses Sackmesser gehört zugeklappt. Karikatur: Falco/Juventud Rebelde

nationaler und internationaler Ebene dafür ein, dass für Banken und Versicherungen entsprechende Bedingungen gelten.»

Nun, die Banken werden darob kaum erzittern, aber wenn durch die Initiative die Wahrnehmung der Leute geschärft wird und sich immer mehr Menschen dafür interessieren, wohin Banken und Versicherungen die Milliarden der Dritten Säule leiten, so ist das zumindest ein Anfang.

Bei Nationalbank und beruflicher Vorsorge hingegen würde die Annahme der Initiative sofortige Wirkung zeigen: Neue Finanzierungen von

Kriegsmaterialproduzenten bereichern sich am Verkauf von Waffen, die dann in Kriegsgebieten Menschen töten. Die Schweiz als grösster und wichtigster Finanzplatz der Welt spielt dabei eine entscheidende Rolle: Schweizerische Finanzinstitute wie die Nationalbank oder die Grossbanken investieren jährlich Milliarden in das Geschäft mit dem Tod. Mit der Initiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» wird diesem Treiben ein Riegel geschoben.

Mehr Infos und Initiativbögen unter: www.kriegsgeschaefte.ch

Unterschiedliche Ellen

Aufruf zum Mord

Die Staatsanwaltschaft Bern-Mittelland hat von Amtes wegen Ermittlungen gegen Unbekannt eingeleitet. Es geht um nichts weniger als um Aufruf zum Mord. Vor einigen Jahren regierte sie in einem ähnlichen Fall wesentlich träger – nämlich gar nicht.

Von Martin Schwander

An der Kundgebung für Demokratie in der Türkei vom 25. März 2017 in Bern führte ein Lautsprecherwagen von Jugendlichen ein Plakat mit sich, das dazu aufforderte, den türkischen Präsidenten Erdogan «mit seinen eigenen Waffen» aus dem Weg zu räumen: Kill Erdogan.

Das Plakat orientierte sich damit am alttestamentarischen «Auge um Auge, Zahn um Zahn» und drückte eigentlich nichts anderes aus, als den Widerstand gegen Erdogan mit jenen Mitteln zu führen, die der türkische Machthaber selbst einsetzt. Insofern erstaunt es doch, dass sich die Organisatoren der Kundgebung im Nachhinein auf das Spiel der Medien einliessen und sich mehr von den jugendlichen Transparentträgern distanzieren als von den mordenden Erdogan-Horden im kurdischen Teil der Osttürkei. Zur Erinnerung: Der UN-Hochkommissar für Menschenrechte bescheinigte Ankara, von «Juli 2015 bis Dezember 2016 dort bis zu 500 000 Menschen zu Vertriebenen gemacht, ganze Gemeinden niedergewalzt und mit Folter und Mord ein Schreckensregime errichtet zu haben» (jungeWelt).

Mehr interessiert hier die fixe Antwort der Justiz: Die Staatsanwaltschaft Bern-Mittelland eröffnete unverzüglich ein Verfahren wegen öffentlichen Aufrufs zu Verbrechen oder Gewalttätigkeit, vorläufig gegen Unbekannt. Falls der Tatbestand erfüllt sein sollte, drohen drei Jahre Freiheitsentzug. Oder allenfalls eine Geldstrafe, wie Nadja Capus, Strafrechtsprofessorin an den Universitäten von Basel und Neuenburg, der NZZ erläuterte.

Da reiben wir uns doch die Augen und erinnern uns 14 Jahre zurück. Am 20. März 2003 marschierten die USA und ihre «Koalition der Willigen» bekanntlich in den Irak ein, um Saddam Hussein und sein Regime zu stürzen. Am 21. März 2003 nahm der Chefredaktor der «Berner Zeitung» Andreas Z'Graggen die spätere Entwicklung vorweg und schrieb auf der Titelseite seines Blattes: «Saddam Hussein ist ein Schurke, den man am nächsten Baum aufknüpfen sollte.»

Man merke: Z'Graggen schrieb nicht, man solle Hussein mit jenem Strick aufknüpfen, mit dem er seine Gegner ins Jenseits befördert hat. Damit fehlt die Analogie zum Berner Anti-Erdogan-Transparent und übrig bleibt der plumpe Aufruf, einen missliebigen Politiker standrechtlich und ohne Verfahren an den «nächsten Baum» zu knüpfen. Aufruhr in der Medienlandschaft von 2003? Mitnichten. Verfolgung von Amtes wegen in Sachen «Öffentliche Aufforderung zu Verbrechen oder Gewalttätigkeit»? Wo denken Sie hin.

Ein Verfahren «gegen Unbekannt» wäre 2003 nicht nötig gewesen: Ross und Reiter hatten Namen und Adressen. Ich habe damals als Privatperson Klage gegen Z'Graggen eingereicht und der Zürcher Rechtsanwalt und Friedenskämpfer Martin Jäggi hat in «Unsere Welt» (Nr. 2/2003) diese Klage in einen grösseren Zusammenhang gestellt. Muss ich nachtragen, dass auf die Klage nicht eingetreten wurde? Ich erhielt – notabene von derselben Staatsanwaltschaft – nicht einmal eine Empfangsbestätigung ...



Der Fall von Ana Belén Montes

Relikt des Kalten Krieges

Seit 2015 berichten wir in «Unsere Welt» regelmässig über das Schicksal und den Kampf der Puertoricanischen Gewissensgefangenen Ana Belén Montes, die seit nahezu 16 Jahren unter strengsten Sicherheitsbedingungen im texanischen Fort Worth inhaftiert ist. Nachfolgend dokumentieren wir ein (von uns stark gekürztes) Interview, das Carla Corina Palacios Klinger für die spanischsprachige Internetzeitung *rebelión.org* mit Anas Cousine Miriam Montes Mock geführt hat. Die Übersetzung besorgte Martin Schwander.

Von Carla Palacios Klinger

Eines der wichtigsten Merkmale des Kalten Krieges ist seine Tendenz, eher Dritten zu schaden als den eigentlichen Protagonisten. Ein anschauliches Beispiel dafür ist der Fall der Puertoricanischen Gewissensgefangenen Ana Belén Montes.

Ana Belén Montes wurde am 28. Februar 1957 auf einem US-Militärstützpunkt in Deutschland geboren, wo ihr Vater, der Puertoricaner Alberto Montes, der US-Armee als Psychiater diente. Am 21. September 2001 (10 Tage nach dem Angriff auf die Zwillingstürme), wurde Ana Belén in den USA vom FBI verhaftet und der Verschwörung zur Spionage für Kuba bezichtigt. Zu diesem Zeitpunkt arbeitete sie als ranghohe Analystin für den U.S. Militärgeheimdienst DIA.

Am 16. Oktober 2002 wurde Ana Belén Montes zu 25 Jahren Haft verurteilt und in das Hochsicherheitsgefängnis von Carswell in Fort Worth, Texas, USA überführt. Vor Gericht hatte sie sich der Spionage für schuldig bekannt. Reue aber zeigte sie nicht. Im Gegenteil: Ihre Aussagen zeugten von ihrem unablässigen Einsatz für ein harmonisches Zusammenleben aller Länder dieser «Globalen Nation», deren Bewohner wir alle sind.

«Es gibt ein italienisches Sprichwort, das vielleicht am besten ausdrückt, wofür ich einstehe: Die ganze Welt ist ein einziges Land.

In dieser «globalen Nation» gilt das Prinzip, den Nächsten so zu lieben wie dich selbst, als wesentliche Richtschnur für harmonische Beziehungen zwischen allen unsern «Nachbarn». Dieses Prinzip impliziert Toleranz und Verständnis für unterschiedliche Handlungsweisen. Es besagt, dass wir andere Nationen so behandeln sollten wie wir von ihnen gerne behandelt werden möchten, mit Respekt und Rücksicht. Es ist ein Prinzip, das wir gegenüber Kuba leider nie angewendet haben.»

Die Reaktionen darauf waren kontrovers: Mächten die Aussagen von Ana Belén Montes sie für die einen zur Verräterin, zeichneten ihre Worte sie für andere als noble Heldin aus.

Was kann uns Miriam Montes Mock dazu sagen, die Cousine von Ana?

Die Publizistin und Schriftstellerin leitet den Arbeitskreis für Ana Belén Montes in Puerto Rico und stand in den vergangenen Jahren in ständigem, allerdings streng überwachtem Briefverkehr mit ihrer inhaftierten Verwandten. Zusammen mit Anas Mutter Emilia Badillo und unzähligen Unterstützern von Anas Sache hat sie es sich zur Pflicht gemacht, dass Ana Belén Montes nicht in Vergessenheit gerät.

Rebelión: Welche Rolle spielt Ana Belén in Ihrem Leben, als Familie, als Frau und als Mensch im Allgemeinen?

Miriam Montes Mock: Ana Belén und ich haben uns in Puerto Rico bereits als Kinder kennengelernt. Ihre Eltern und Geschwister haben ihre weitläufige Familie auf der Insel Sommer für Sommer besucht. Später, als Teenager, reiste Ana alleine oder zusammen mit ihrer Schwester Lucy nach Puerto Rico und wohnte dabei abwechselungsweise im Hause



Ana Belén Montes nach ihrer Verhaftung am 21. September 2001.

einer ihrer Tanten und also auch bei uns. Ana und ich empfanden immer eine gewisse Affinität zueinander und hatten uns sehr gern. Sei es, weil wir uns äusserlich glichen, sei es, weil wir beide die ältesten Töchter unserer Eltern waren oder sei es, weil wir viele Charaktereigenschaften teilten. (...)

Ana Belén bedeutet für mich natürlich in erster Linie die Cousine, mit welcher mich die Blutsbande und die Familiengeschichte verbinden. Ich hätte ihrer Schwester Lucy auf dieselbe Art und Weise geholfen, wenn es sie getroffen hätte. Im Laufe der Jahre habe ich aber über diese Bande hinaus Verständnis für die Beweggründe von Ana entwickelt. Deshalb hat mein Engagement für sie auch andere Bezüge. Ich weise zum Beispiel auf die historischen Bedingungen hin, in deren Zusammenhang Anas Handeln zu sehen ist. Ich denke dabei an die Interventionen und Staatsverbrechen, die von den verschiedenen US-Regierungen in Lateinamerika und der Karibik organisiert und begangen worden sind. Ich achte auch die Prinzipien, die sie dazu geführt haben, sich mit einem bedrängten Volk wie jenem von Kuba zu solidarisieren. Ich glaube, dass die Beweggründe von Ana aufrichtig waren und ihr Handeln eine tiefe Überzeugung und immensen Mut erforderte.

In den sechzehn Jahren ihrer Gefangenschaft haben Ana und ich uns häufig geschrieben. In unseren Briefen erzählen wir uns alles. Wir schreiben uns über unsere familiären und persönlichen Erlebnisse, aber auch über politische und literarische Belange. Ich fühle mich als Teil des Lebens von Ana; vielleicht geht es ihr ähnlich mit mir, das müsste sie sagen. Ich denke, dass ihre und meine Lebensgeschichte uns eng verbinden. Ana hat erklärt, dass ihre Aktionen von ihrem Gewissen diktiert worden wären. Ich für meinerseits kann nur wiederholen, was ich Ana vor einem guten Jahr geschrieben habe. «Hätte ich in deinem Fall weggeschaut, hätte ich nicht mit ruhigem Gewissen weiterleben können.»

Rebelión: Wie lief der Prozess gegen Ana Belén Montes ab?

Miriam Montes Mock: Ana Belén wurde am 21. September 2001 in ihrem Büro verhaftet. In einer Vereinbarung mit der Staatsanwaltschaft bekannte sie sich der Verschwörung zur Spionage für Kuba schuldig. Am 16. Oktober 2002 wurde sie zu 25 Jahren Gefängnis mit anschließender fünfjähriger Bewährungszeit verurteilt. Vor Gericht erläuterte sie die Gründe, welche sie bewegen hatten, Kuba vor der aggressiven Politik der US-Regierung zu schützen. «Ich habe mich meiner Überzeugung mehr verpflichtet gefühlt als dem Gesetz», erklärte sie. «Die Politik unserer Regierung gegenüber Kuba ist grausam und unfair, zutiefst unfreundlich... Deswegen habe ich mich moralisch in der Pflicht gesehen, der Insel zu helfen, sich gegen unser Bestreben zu verteidigen, ihr unsere Werte und unser politisches System aufzuzwingen.» Sie sitzt nun seit fast 16 Jahren im Bundesgefängnis Carswell in Texas, unter strikten Sicherheitsbedingungen, die ihre Kommunikation mit der Aussenwelt stark einschränken.

Rebelión: Dass Ana Belén Kuba während Jahren mit Informationen versorgte, hat dazu geführt, dass unzählige Personen sich von ihr abgewendet haben, darunter ihre Brüder, die beim FBI arbeiten. Für andere wiederum macht sie diese Informationstätigkeit zur Heldin. Wie schätzen Sie die Folgen ein, die die übermittelten Informationen für die kubanische und US-amerikanische Seite hatten?

Miriam Montes Mock: Viele Menschen urteilen ohne genaue Kenntnisse. Tatsächlich wissen wir nicht, welche Informationen übermittelt wurden. Aber ich denke, dass die Aktionen von Ana Belén einen Akt der Solidarität darstellen, um der Politik der illegalen Einmischung und der Aggression von Seiten der USA Einhalt zu gebieten, und dass sie die unmoralische Handlungsweise blossstellen, die im Widerspruch zu den Prinzipien der guten Nachbarschaft stehen, von denen sich die USA angeblich

leiten lassen. Ihre Tätigkeit, wie sie von Ana Belén am 16. Oktober vor Gericht selbst geschildert wurde, ist als Einladung zu verstehen, die Sicht auf die Paradigmen der Herrschaft zu schärfen, welche die Beziehungen zwischen den USA und Kuba während Jahren geprägt haben, und als Aufforderung, zwischen den beiden Völkern Beziehungen von Respekt und Freundschaft zu entwickeln.

Rebelión: Welcher Teil ihrer Biographie denken Sie hat bei Ana Belén diesen Gerechtigkeitsinn entwickelt, der sie dazu geführt hat, ihr Leben zu riskieren, um «dem Gewissen mehr zu gehorchen als dem Gesetz»?

Miriam Montes Mock: Schon in der Jugend habe ich bei Ana diese Fähigkeit verspürt, sich mit andern zu solidarisieren. Sie war eine herausragende Studentin, las viel über politische Themen und bewies eine analytische Haltung, wenn sie darüber diskutierte. Sie unternahm Reisen nach Europa, nach Lateinamerika und in die Karibik und ich denke, diese Reisen gaben ihr Gelegenheit, viel zu lernen. Ich kann nicht genau sagen, was sie am meisten beeinflusst hat bezüglich dieses Gerechtigkeitsinn, vermutlich war es eine Mischung aus all dem.

Rebelión: Was war die schmerzlichste oder schwierigste Zeit für Sie als Angehörige von Ana in den bisherigen 15 Jahren ihrer Gefangenschaft?

Miriam Montes Mock: Für mich war es am schwierigsten, als ich die Nachricht von ihrer Krebserkrankung erhielt. Ich kann das Trauma nachempfinden, das so etwas bei jeder betroffenen Frau auslöst. Und dann erst noch im Kerker! Ohne die Unterstützung von Angehörigen, ohne die Möglichkeit von alternativen Behandlungen, von speziellen Diäten, ohne Selbsthilfegruppe und insbesondere ohne eine Atmosphäre der Zuneigung, der Liebe. Es ist schrecklich, unmenschlich. Jeder Mensch würde hier Mitleid empfinden und eine Entlassung aus dem Gefängnis aus humanitären Gründen fordern.

Rebelión: Was empfehlen Sie angesichts der Lage von Ana Belén Montes der Öffentlichkeit?

Miriam Montes Mock: Ana Belén verdient es, aus dem Gefängnis entlassen zu werden. Ihre Wegsperrung und das Schweigen, zu dem sie gezwungen wurde, sind grausam und unmenschlich. Ana Beléns Strafe ist ein Relikt des Kalten Krieges. Nach meiner Auffassung hat sie gehandelt, um Aktionen und politische Machenschaften der USA aufzuhalten, die gegen internationales Gesetz und die Sitten verstossen. Die Beziehungen zwischen den USA und Kuba haben sich geändert, ich denke, die ganze Welt war Zeuge der Aussagen des damaligen Präsidenten Obama vom 17. Dezember 2014. Heute ist offensichtlich, dass es keine Rechtfertigung dafür gibt, Ana weiterhin im Gefängnis zu behalten. Ihre Freilassung würde von der ganzen Welt als Geste des guten Willens verstanden und den Entscheid respektieren, die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern wieder zu beleben.

Aber vor allem sollte Ana Belén aus humanitären Gründen freigelassen werden. Sie ist eine Krebspatientin. Kein Mensch verdient es, einer unmenschlichen Behandlung ausgesetzt zu sein, während er für sein Leben kämpft. Ich lade alle dazu ein, Ana Belén kennenzulernen und sich mit ihr zu solidarisieren. Die Stimmen der Unterstützung sind von entscheidender Bedeutung, damit sie weiss, sie ist weder allein noch vergessen.

(Quelle Text: *rebelión.org*. Grafik: *periodismohumano.com*)

Friedenshilfe konkret Stipendien für Kolumbien

Kuba bietet Kolumbien eintausend Stipendien zum Medizinstudium an.

Der Botschafter Kubas in Kolumbien, José Luis Ponce, berichtete, dass die Karibikinsel der kolumbianischen Regierung und den ehemaligen Guerilleros der FARC-EP einen Fonds von 1 000 Stipendien zur Verfügung stellte, um in den kommenden fünf Jahren auf Kuba Medizin zu studieren.

Der kubanische Diplomat unterbreitete das Angebot vor der Überprüfungscommission der Umsetzung des Friedensabkommens (CSIVI), und teilte sie ebenso in Bogotá dem Mitglied des Sekretariats der FARC-EP Iván Márquez und den Vertretern der Regierung vor dieser Kommission mit.

Ponce erläuterte, dass die Verteilung der Stipendien, von denen jährlich 200 vergeben werden, davon 100 für die FARC-EP und 100 für die Regierung des Landes, ein Beitrags Kubas im Prozess der Implementierung der Friedensabkommen von Havanna und für die Konfliktbewältigung in Kolumbien ist.

Die ausgewählten Studenten werden im Studienjahr 2017–2018 ihre Stipendien antreten, berichtet Prensa Latina.

Die Kapazitäten für das Medizinstudium in Kuba werden für junge demobilisierte Kämpfer der FARC-EP und an Menschen vergeben, die durch den internen Konflikt vertrieben worden sind, welche vonseiten der Regierung ausgewählt werden.

Kuba diente bis 2016 über mehr als vier Jahre hinweg als Sitz der Friedensgespräche zwischen den Aufständigen und der Regierung des Präsidenten Juan Manuel Santos, und war gleichzeitig zusammen mit Norwegen Garant für die bilateralen Gespräche.

«Trotz der Blockade hat das Karibikland nicht nur ein Gesundheitssystem, das zu den besten der Welt gehört, sondern ist auch eines der solidarischsten», schrieb die Anwältin und ehemalige kolumbianische Kongressangehörige Piedad Córdoba auf ihrem Twitter-Konto.



Weg mit den Basen

Vom 4. – 6. Mai 2017 lädt die Kubanische Bewegung für Frieden und die Souveränität der Völker gemeinsam mit dem WFR zur 5. Auflage des Internat. Seminars für Frieden und gegen ausländische Militärsstützpunkte nach Guantánamo ein. Gemeinsam sollen die Auswirkungen von Militärbasen auf Mensch und Umwelt der betroffenen Staaten beleuchtet und über Aktionen beraten werden, wie sich die Welt dieser Stützpunkte entledigen könnte. Samuel Wanitsch, Delegierter des Weltfriedensrates bei der UNO in Genf, und Magdalena Hohl von der Vereinigung Schweiz-Kuba werden die SFB am Seminar vertreten. (Grafik: *Juventud Rebelde*)

Abseits der Mainstream-Medien

Die letzte Kolonie Afrikas

Noch gibt es eine letzte Kolonie auf dem afrikanischen Kontinent. Die Geschichte der Westsahara – die Not der Menschen und ihr Kampf für die Freiheit – wird von den westlichen Mächten und den internationalen Mainstream-Medien wesentlich ignoriert. Das in Johannesburg ansässige Afrikanische Demokratische Institut (ADI) hat aus Anlass des saharauischen Unabhängigkeitstages vom 27. Februar mit dem 45jährigen saharauischen Übersetzer, Menschenrechtsaktivisten und Journalisten Malainin Lakhall gesprochen. Wir dokumentieren das Interview mit dem ehemaligen Generalsekretär der Saharauischen Journalistenunion in einer gekürzten Übersetzung aus dem Englischen.

ADI: Wie war es, in der Westsahara aufzuwachsen?

Malainin Lakhall: Aufzuwachsen in der besetzten Westsahara ist, wie wenn du in einem riesigen Gefangenen-Lager gross wirst. Seit den ersten Tagen der militärischen Besetzung unseres Landes durch Marokko wurden unsere Städte und Gebiete mit Gewalt belagert. Die Invasion begann am 31. Dezember 1975 mit einer grossen Militäroperation, die Hunderte von saharauischen Nomadendörfern ausradierte und Tausende Tote forderte. Wiederum Tausende verschwanden und von 600 Menschen fehlen weiterhin jegliche Informationen über ihren Verbleib.

Und natürlich: Als Saharai-Kind in marokkanischen Schulen erzogen und von marokkanischen Lehrern überwacht zu werden, das war eine sehr schwierige Erfahrung. Wir wurden anders behandelt, so wie es mit allen kolonialisierten Menschen geschehen ist. Überall galten wir als Verdächtige, in der Klasse, auf den Strassen und Spielplätzen, und von der Polizei wurden wir als erste verhaftet, wenn irgendetwas passiert war. Wir waren die «dreckigen Saharais», die «Kamel-Hirten», wie sie uns nannten. Alle aus meiner Generation und auch die darauffolgenden Generationen sind es gewohnt, mit oder ohne Grund auf den Strassen verhaftet, in die Polizeistationen gebracht, von marokkanischen Polizisten geschlagen und gefoltert zu werden, nur aus Spass oder weil sie sich von uns Informationen erhoffen, und dann vielleicht ein oder zwei Nächte in einer Zelle zu verbringen. Viele von uns wurden aber auch für längere Zeit ins Gefängnis gesteckt, verschwanden für eine Weile oder gar für immer.

In der Schule wurden wir diskriminiert. Es war schwierig in jenen Tagen für einen Saharai, die Schule abzuschliessen. Die kolonialen Behörden taten alles, um uns davon abzuhalten, uns weiterzubilden. Und das Erreichen der Universität war für viele von uns gleichbedeutend mit einem Wunder. Von frühester Kindheit an hat uns diese Behandlung politisch sehr wach gemacht und natürlich haben wir uns als Jugendliche dann auch aktiv betätigt: Wir taten was wir konnten, um den Kolonialbehörden das Leben auf der Strasse so schwer wie möglich zu machen, speziell in der Nacht. Kurz, das Leben in den besetzten Gebieten der Westsahara ist das Leben eines kolonialisierten Volkes, das für seine

Freiheit kämpft und von den Kolonisatoren wegen dieses Kampfes unterdrückt wird. Der einzige Unterschied besteht hier darin, dass der Kolonisator ein anderes afrikanisches Land ist.

ADI: Am 27. Februar 2017 feierte die Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS) ihren 41. Gründungstag. Was bedeutet der Unabhängigkeitstag Ihres Landes für Sie?

Malainin Lakhall: Er bedeutet eine Menge widersprüchlicher Dinge zur gleichen Zeit. Einerseits bin ich stolz, dass es meinem Volk in einem sehr schwierigen Moment seiner Geschichte gelungen ist, seinen politischen Willen zu ausdrücken und ihn in die Verfassung und Proklamation der Demokratischen Arabischen Republik Sahara zu übersetzen. Bis heute ist mein Land jedoch weder ganz frei noch völlig unabhängig. Weiterhin befinden sich zwei Drittel unseres Landes unter dem Joch der marokkanischen Kolonialbesetzung. So gibt es keine Möglichkeit, unsere Unabhängigkeit so zu feiern, wie wir es gerne machen würden.

Andererseits macht unser Unabhängigkeitstag auf uns aufmerksam und erinnert die Welt, dass in der Westsahara etwas falsch läuft. Es ist eine Botschaft von unserem Volk an die sogenannte internationale Gemeinschaft, dass wir, die Saharais, über unsere Zukunft entschieden haben und wir bereit sind, diesen Entscheid in einer Abstimmung zu bestätigen, so wir denn dürften. Ansonsten ist unsere Wahl klar. Wir wollen frei sein! Es gibt keine andere Alternative zu unserer Freiheit.

Die Freiheit ist unabdingbar! Wir wollen unseren Staat und unsere Nation aufbauen, und wir sind dazu bereit. Wir haben unsere eigenen Institutionen, wir haben eine Regierung, die seit über 40 Jahren mit Erfolg das einzige Flüchtlingslager auf der Welt führt, das von den Flüchtlingen selbst organisiert und verwaltet wird. Alles was wir benötigen ist, dass uns Frankreich und sein Schützling, das marokkanische Königreich, in Ruhe lassen und aufhören damit, den Neokolonialismus in unserem Land aufrechtzuerhalten.

ADI: Der territoriale Streit zwischen der Saharauischen Befreiungsbewegung POLISARIO resp. der DARS und Marokko besteht seit 1975; Marokko weigert sich, die Unabhängigkeit des Landes anzuerkennen. Wie sehen Sie diesen Streit und die Weise, wie Ihr Land davon betroffen ist?

Malainin Lakhall: Der Konflikt in der Westsahara ist eindeutig ein Problem der Entkolonialisierung. Das ist keine Meinung, sondern eine Tatsache, die durch mehr als 110 UNO-Resolutionen, viele Beschlüsse der Afrikanischen Union, der EU und anderer Einrichtungen gestützt und bestätigt worden ist. (...) Rechtlich gesprochen ist die Frage also kristallklar und tatsächlich hat auch kein Land in der Welt die marokkanische Souveränität über die Westsahara anerkannt.

Aber natürlich ist die Westsahara ein sehr reiches Territorium mit allen möglichen erneuerbaren und nicht erneuerbaren Ressourcen. Das ist einer der Hauptgründe, warum Marokko,

unterstützt von Frankreich, sich weigert, wie Sie zu Recht gesagt haben, unsere Unabhängigkeit, aber auch ganz allgemein unser Recht auf Existenz, Freiheit und Selbstbestimmung anzuerkennen.

Wie die Südafrikaner einst unter der Apartheid litten, leiden wir heute noch in den besetzten Zonen der Westsahara unter willkürlichen Verhaftungen; friedliche Demonstrationen sind verboten und wenn sie dennoch stattfinden, werden sie gewaltsam unterdrückt; rund 50 politische Gefangene sitzen in marokkanischen Gefängnissen, und viele von ihnen wurden, obwohl sie Zivilisten sind oder Studenten, von marokkanischen Militärgerichten verurteilt. Das marokkani-



Die Kolonien in Afrika 1884 und 2017: Eine verbleibt.... Grafik UW

sche Regime beging in den siebziger und achtziger Jahren schreckliche und gut dokumentierte Menschenrechtsverletzungen und wendet immer noch Methoden an, die als Verbrechen gegen die Menschlichkeit gelten, wie z. B. das Verschwindenlassen von Personen, Folter und summarische Hinrichtungen usw. (...)

ADI: Ist der Widerstand der Befreiungsbewegung gegen die Besatzungsmacht von Natur aus militant oder leistet die POLISARIO auch passiven Widerstand? Gibt es weiterhin kriegerische Zusammenstösse?

Malainin Lakhall: Nun, ich erinnere daran, dass die POLISARIO-Front 1973 von einer Gruppe junger Saharai-Freiheitskämpfer gegründet wurde, um den bewaffneten Kampf gegen die spanische Kolonisation zu führen. Nachdem Marokko sich mit Spanien verschwört hatte und dessen illegale Nachfolge antrat, führte die POLISARIO einen 16-jährigen Guerillakrieg gegen die neue Kolonialmacht und es gelang ihr, der Monarchie und ihrer Armee schwere Schäden zuzufügen. Dieser klare Erfolg der POLISARIO zwang den damaligen marokkanischen König Hassan II., 1991 den Siedlungsplan der Organisation für afrikanische Einheit OAU und der UNO zu akzeptieren. Dieser Plan sollte zu einem von der UNO organisierten Referendum über die Selbstbestimmung mit drei Optionen führen: Unabhängigkeit, Integration mit Marokko oder eine andere Vereinigung mit einer anderen Einheit.

In den Kriegsjahren gab es im Untergrund auch zivilen Widerstand der Saharais, der auf das Bewusstsein der Menschen einwirkte, für Unterstützung für die POLISARIO warb und manchmal Sabotageoperationen gegen marokkanische Institutionen und Militär- und Polizeikräfte durchführte.

Nachdem die UNO ihre Mission zur Organisation eines Referendums in der Westsahara (MINURSO in der französischen Abkürzung) im Land installiert hatte, entschied sich der Saharai-Widerstand in den besetzten Gebieten für friedliche Demonstrationen und verlagerte den Kampf auf zivilgesellschaftliche Aktivitäten zur Verteidigung der Menschenrechte

und der natürlichen Ressourcen und für soziale Forderungen. Dieser friedliche Widerstand wird bis heute von einer aktiven saharauischen Zivilgesellschaft parallel geführt zu den offiziellen saharauischen diplomatischen und politischen Aktionen.

ADI: In einem Versuch, den Streit zu lösen, ernannte die abtretende Vorsitzende der Afrikanischen Union (AU) Nkosazana Dlamini-Zuma 2014 den ersten Sondergesandten für die Westsahara. Welche Rolle spielt die AU bei der Suche nach einer friedlichen Lösung des Konfliktes?

Malainin Lakhall: Die Organisation der Afrikanischen Einheit OAU und die Afrikanische Union haben sehr viel für die saharauische Bevölkerung getan. Das Wichtigste dabei war, dass sowohl die OAU wie die AU die Republik Sahara ohne wenn und aber als

vollwertiges Mitglied ihrer Organisation anerkannten. Das allein für sich ist schon eine markante Entscheidung und Position der AU und eine deutliche Ablehnung der marokkanischen Kolonialansprüche.

Aber die Saharais glauben, dass die AU völlig berechtigt ist, die Führung bei der Suche nach der Lösung des Konflikts in der Westsahara zu übernehmen, weil es ein afrikanisches Thema ist. Die UNO hat es versäumt, in ihren Bemühungen einen Schritt weiter zu kommen, weil es Frankreich zusammen mit seinen Verbündeten und Marionettenstaaten immer wieder gelang, die Anstrengungen der Vereinten Nationen, diesen letzten Fall der Entkolonialisierung in Afrika zu lösen, in Frage zu stellen. Also, wir glauben, dass die AU in dieser Hinsicht ihre Verantwortung übernehmen muss, vor allem jetzt, wo Marokko auch AU-Mitglied geworden ist (seit Januar 2017, die Red.). Bisher hat sich Rabat quergestellt, wenn sich die AU mit dieser Frage befassen wollte, weil Marokko die Organisation nicht anerkannte. Nun werden wir sehen, was passieren wird.

ADI: Glauben Sie, dass Ihr Land seine volle Unabhängigkeit von Marokko erlangen wird?

Malainin Lakhall: Natürlich tue ich das, weil ich aus der Geschichte gelernt habe, dass es niemandem gelungen ist, für immer die Kontrolle über kolonisierte Territorien zu behalten. Früher oder später herrscht der Wille der Völker.

(...) Auf der anderen Seite war Marokko in seinen Positionen zu diesem Thema immer wankelmütig, was zeigt, dass es eben nur eine Kolonialmacht ist, die es auf unsere Ressourcen abgesehen hat. So unterstützte der marokkanische König in den sechziger Jahren den Unabhängigkeitskampf der Saharai und unterstrich ihr Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit. Dann, in den siebziger Jahren, begann er, sich mit Spanien zu verschwören und die Souveränität über das Territorium zu beanspruchen, bis er schliesslich militärisch eindrang, die Frage zur «geschlossenen Akte» erklärte und sagte, Marokko habe sich sein Land zurückgeholt und befreit. Dann, nach 16 Jahren Krieg mit der

Saharauischen Befreiungsfront und nachdem er begriffen hatte, dass er weder die Herzen der Saharais noch den Kampf gewinnen konnte, bat er erneut um internationale Vermittlung. Er akzeptierte das Prinzip der Selbstbestimmung, das heisst, dass er öffentlich anerkannte, dass sein Land keine Souveränität über das Territorium besitzt. In den Jahren 2000 lehnte der neue König Mohamed VI. das Referendum wiederum ab und sagte, dass er den Saharais nur Autonomie anbietet, womit er natürlich auch ausdrückt, dass die Westsahara nicht die seine ist. Nun, jetzt sitzt Marokko neben der DARS endlich unter dem gleichen Schirm der AU, was für mich nichts anderes bedeutet als eine rechtliche Anerkennung der Republik, egal was die marokkanischen Politiker versuchen zu sagen oder zu tun. Also, für mich ist diese marokkanische instabile Position zum Thema ein starker Indikator, dass es eines Tages seine Fehler eingesteht und die saharauische Bevölkerung die Möglichkeit erhält, ihren Staat in Freiheit aufzubauen. Am Ende muss der fremde Kolonisator gehen.

ADI: Was sind die entscheidenden Herausforderungen für die Entwicklung Ihres Landes?

Malainin Lakhall: Für uns Saharais ist die Befreiung unseres Landes prioritär, dann müssen wir alles wieder aufbauen, weil die marokkanische Kolonisation in unseren besetzten Städten nicht das Geringste gebaut hat. Die Infrastruktur in dem Gebiet ist sozusagen inexistent; es gibt in der ganzen Westsahara, die die Grösse von England hat, keine einzige Universität. Es gibt keine Krankenhäuser, keine Theater, keine Kinos, keine kulturellen Zentren, keine Fabriken, nichts. Das einzige, was die Kolonialmacht gebaut hat – nebst Gefängnissen, Polizeistationen und Kolonialverwaltungen –, sind Häfen und ein paar Strassen, die es erlauben, unsere natürlichen Ressourcen, insbesondere Phosphat und den Fischbestand, zu plündern.

ADI: Welche Möglichkeiten, etwa in Bezug auf die natürlichen Ressourcen, bietet das Land?

Malainin Lakhall: Wie die meisten afrikanischen Länder ist die Westsahara hyper reich an erneuerbaren und nicht erneuerbaren Ressourcen: Starke Sonne und Winde, Gas, Öl, Phosphat, Fischerei, Gold, Diamant, Eisen, Sand und viele andere Mineralien. Deshalb will Marokko ja auch die Kontrolle behalten. Und natürlich zielt auch Frankreich auf uns, weil es ein starkes Marokko braucht, um ein gewisses Gleichgewicht zu bewahren und Algerien nicht zur Hauptmacht in Nordafrika werden zu lassen.

Auf der anderen Seite sind unsere Leute, obwohl klein in der Zahl, gut vorbereitet und gebildet. Für die afrikanische Renaissance und den Fortschritt werden sie eine gute Ergänzung sein und eine treibende Kraft. Obwohl sie keinen vollen Zugang zu unseren Ressourcen hat, besitzt unsere Regierung eine sehr interessante Erfahrung in der Handhabung der Angelegenheiten unserer Nation, mit demokratischen und etablierten Institutionen. Wir haben seit 40 Jahren eine der stabilsten Regierungen in Afrika, mit keinem einzigen grossen politischen Problem bisher. Davor hat das marokkanische mittelalterliche Regime natürlich Angst: Dass in unmittelbarer Nachbarschaft eine erfolgreiche und demokratische Republik entsteht, die Licht auf die Diktatur der Monarchie und ihre Unfähigkeit werfen würde, den Marokkanern das zu geben, was sie wollen: Demokratie, Würde und Freiheit.

(Quelle: www.african-di.org/; Übersetzung: Martin Schwander)

Syrien – Reise durch ein angegriffenes Land

Vortrag von Eva und Markus Heizmann vom Bündnis gegen den Krieg Hände weg von Syrien

Freitag 12. Mai 2017, 19.00 Uhr im Gewerkschaftshaus (Saal im 1. Stock), Rebgasse 1, Basel

Mit einer kleinen Ausstellung «LÜGE – MACHT – KRIEG»

Basler Frauenvereinigung für Frieden und Fortschritt – BFFF

Steuern wir auf einen neuen Koreakrieg hin?

Szenario des Schreckens

Niemand braucht einen weiteren Koreakrieg, meint der US-amerikanische Journalist und Mitarbeiter von New York Times und Hurriyet Eric Margolis. Er empfiehlt dem US-Aussenminister aktive Diplomatie statt Säbelrasseln.

Von Eric Margolis

Panmunjon, das «Friedensdorf» in der unglaublich angespannten entmilitarisierten Zone (bekannt als DMZ) zwischen Nord- und Südkorea, ist einer der eigenartigsten Orte, die ich je besucht habe. Robuste nordkoreanische Soldaten schleichen herum, beobachtet von ähnlich robusten südkoreanischen Soldaten mit Sonnenbrillen und einer aggressiven «Judokämpfer»-Haltung.

Als ich in Panmunjon filmte, wurden wir gewarnt, uns vor den Nordkoreanern in Acht zu nehmen, die jeden Moment in den Hauptkonferenzraum hereinstürmen und uns nach Nordkorea zerrren könnten.

Es war dieses verrückte Gebäude, in das der neue vom Jetlag geplagte US-Aussenminister Rex Tillerson aus dem turbulenten Washington gebracht wurde. Nach einem flüchtigen Blick in die DMZ gab Tillerson bekannt, «nicht mehr der nette Kerl zu sein.» Den Vereinigten Staaten von Amerika sei die «strategische Geduld» mit Nordkorea ausgegangen und sie würden in den Krieg ziehen, um der «Bedrohung» der Vereinigten Staaten von Amerika durch Nordkorea ein Ende zu setzen, warnte er.

Tillerson, davor Vorstand von EXXON, ist wohlbewandert in Weltangelegenheiten, aber die Kompliziertheiten der koreanischen Halbinsel sind ihm vielleicht zu viel und er versteht sie nicht so schnell. Unmittelbar mit Krieg zu drohen ist keine Art, eine diplomatische Mission zu beginnen. Aber Tillerson las offensichtlich von einem Manuskript, das sein Boss Donald Trump geschrieben hatte, dessen Kenntnis nordasiatischer Angelegenheiten Tillerson wie einen konfuzianischen Gelehrten aussehen lässt.

Willkommen zu Trumps Credo: tweete laut und hab einen grossen Stock dabei.

Was würde Krieg zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Nordkorea bedeuten? Ein sehr grauenvolles Szenario, wenn es dazu kommt.

Die USA haben rund 80 000 Mann Militärpersonal in Südkorea und Japan stationiert, sowie weitere Kampfeinheiten in Guam, das sie 1898 von Spanien erobert haben. Die 7. Flotte der US-Marine durchstreift die Region, bewaffnet mit taktischen Atomwaffen. US-Atomwaffen sind ebenfalls stationiert in Südkorea und auf Guam. Wie wir vor kurzem sahen, können schwere B-1 und B-52 Bomber der USA von Nordamerika nach Korea fliegen.

Südkorea verfügt über eine beeindruckende 600 000 Mann-Armee mit Waffen auf dem neuesten Stand. Ich war an der DMZ mit der 2. ROK-Division. Als alter Soldat war ich sehr beeindruckt von ihrem Können und ihrem Kampfgeist.

Nordkoreas 1 Million Mann starke bewaffnete Streitmacht ist gross, aber veraltet. Ihre grosse Stärke im Bereich schwere Artillerie kompensiert teilweise ihre völlig obsolete alte Luftwaffe aus den 1960er Jahren. Die Schlüsselemente der Armee der Demokratischen Volksrepublik Korea sind tief in die felsigen Hügel nördlich der DMZ eingegraben, Tausende schwere Geschütze, die nach Süden gerichtet sind. Der Norden behauptet, dass er im Kriegsfall die Hauptstadt Südkoreas Seoul zerstören wird, die nur 30 km entfernt liegt und 20 Millionen Einwohner hat.

Schätzungen der Vereinigten Staaten von Amerika über einen Krieg in

Korea, die von einem Jahrzehnt erstellt wurden, gehen davon aus, dass Amerika 250 000 Opfer in einem Krieg erleiden würde, der eine Million tote Koreaner kosten würde. Das ist der Grund, warum die Vereinigten Staaten von Amerika vor einem direkten Angriff auf Nordkorea zurückgeschreckt sind. Anders als Iraker, Syrer, Libyer und Somalier wissen die Nordkoreaner, wie sie sich verteidigen, und sind ausreichend für einen Verteidigungskrieg bewaffnet.

Sicher wären die Vereinigten Staaten von Amerika versucht, taktische Atomwaffen gegen nordkoreanische Soldaten und gegen Artillerie einzusetzen, die tief in das gebirgige Terrain eingegraben sind. Ohne sie würde die Übermacht aus der Luft, Amerikas übliche Trumpfkarte, viel von ihrem destruktiven Potenzial verlieren. Ohne Zweifel würde ganz Nordkorea durch Luftangriffe der Vereinigten Staaten von Amerika verwüstet, wie es im Krieg gegen Korea in den 1950ern der Fall war. Südkorea plant massive Luft-, Raketen- und Kommandoangriffe gegen das nordkoreanische militärische Hauptquartier und gegen das Versteck des Anführers Kim Jong-un.

Kriegspläne der Vereinigten Staaten von Amerika sehen Landoperationen an Nordkoreas langer, verletzlicher Küste vor. Diese Bedrohung zwingt den Norden, grosse Zahlen von regulären Armee- und Miliztruppen an beiden Küsten zu stationieren.

Nordkoreas Luftwaffe und kleine Marine würden in den ersten Kampfzügen ausgelöscht. Es ist aber wahr-

scheinlich, dass die Demokratische Volksrepublik Korea imstande sein wird, eine Reihe von Mittelstreckenraketen auf Japan abzufeuern. Sollte es zum Atomkrieg kommen, scheint Japan fast sicher das Ziel eines Atomangriffs zu sein, gemeinsam mit Guam. Tokio und Osaka sind vorrangige Ziele.

Nordkoreanische Kräfte sind vielleicht in der Lage, nach Süden bis Seoul vorzudringen, aber wahrscheinlich nicht weiter angesichts der wilden Angriffe durch US- und südkoreanische Luftkräfte, die von weiter südlich gelegenen Stützpunkten aus operieren. Die mächtige, einige hunderttausend Mann starke Kommandotruppe des Nordens würde südkoreanische Schlüsselziele angreifen, darunter ihre lebenswichtigen Luftwaffenbasen, die mit den Vereinigten Staaten von Amerika geteilt werden. Solche Angriffe wären äusserst störend, aber nicht entscheidend, ausser der Norden setzt chemische und/oder biologische Waffen ein, um Südkoreas Luftwaffenbasen und die Häfen in Busan und Incheon lahmzulegen.

Die USA und Südkorea könnten einen solchen Krieg sicher gewinnen, aber er würde sehr blutig und teuer. Es gäbe die Gefahr einer militärischen Intervention Chinas, wenn der Eindruck entstünde, dass die Vereinigten Staaten von Amerika den Versuch unternehmen, Nordkorea zu besetzen. Russland ist der nächste Nachbar.

Minister Tillerson, bitte überlasse Kriegsdrohungen den Generälen und fang damit an, aktive Diplomatie mit dem Norden zu betreiben! Wenn jemals ein Krieg völlig überflüssig war, dann hier.

(Quelle und Übersetzung: anti-krieg.com)

Wie war das vor bald 70 Jahren?

Niemand vergessen

Angesichts des fernöstlichen Waffengeklirrs lohnt sich ein Blick zurück auf den Koreakrieg der fünfziger Jahre. Die Erinnerung an die damaligen Kriegsverbrechen der USA, für die sie nie zur Rechenschaft gezogen wurden, sind in der koreanischen Gesellschaft im Norden wie im Süden präsent und wecken zumindest Verständnis für das nordkoreanische Misstrauen und Sicherheitsbedürfnis.

Wir dokumentieren Auszüge aus einer Rede der Feministin der ersten Stunde, Vorsitzenden des Koreanischen Demokratischen Frauenbundes, Schriftstellerin und mehrfachen Ministerin der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik Ho Jong-suk (1902 – 1991), die sie Ende Februar 1951 am ersten Treffen des wenige Monate zuvor gegründeten Weltfriedensrates in Berlin gehalten hat.

Von Ho Jong-suk

Die amerikanischen Interventionen haben die ganze Industrie und die Kultureinrichtungen Koreas vernichtet, alles, was das koreanische Volk um den Preis angestrengter Arbeit durch die Verwirklichung von drei staatlichen Plänen geschaffen hat. Vor ihrer panischen Flucht aus Nordkorea organisierten die US-Interventionen Abteilungen zu besonderer Verwendung und vernichteten planmässig alle Industriebetriebe, darunter das Kombinat der chemischen Industrie Heungnam, das grösste im fernen Osten, das Hwanghaier Hüttenwerk, das Hüttenwerk in Sondschi und eine Reihe anderer Grossbetriebe.

Ebenso wie die Hitlerfaschisten verbrannten die amerikanischen Barbaren Millionen Bücher, darunter die zentrale Staatsbibliothek und andere grosse Bibliotheken Koreas. Sie vernichteten das Zentralkrankenhaus, das staatliche Künstlertheater, den Pionierpalast und sonstige Kultureinrichtungen. Sie plünderten und zerstörten alle Museen und wertvollste Geschichtsdenkmäler, darunter eines der acht ältesten Kunstdenkmäler Koreas, den Tempel Ak Nam, sie raubten die berühmte goldene Buddhastatue.

Diese barbarischen Luftangriffe und Zerstörungen werden nicht nur in Nordkorea, sondern auch in Südkorea vorgenommen, wo ein grosser Teil der Industriebetriebe, der Lehranstalten und sonstigen Kultureinrichtungen wie auch der Wohnhäuser dem Erdboden gleich gemacht wurde. Die Soldaten Trumans und McArthurs haben jede Menschenähnlichkeit verloren: noch nie gab es in der Geschichte eine solche Massenausrottung einer friedlichen Bevölkerung. In Pjöngjang haben die Interventionen beispielsweise 15 000 friedliche Einwohner ermordet, in Soeul vor ihrem Abzug 28 000 friedliche Einwohner. Ausserdem haben sie in Soeul Tausende Städter verhungern lassen.

Vom 28. August 1950 bis zum 31. Januar des Jahres haben die Interventionen im Raum Soeul 43 590 friedliche Einwohner ermordet und im gleichen Zeitraum über 75 000 verhaftet.

Vor ihrer Flucht aus Pjöngjang trieben die Interventionen die Einwohner mit Gewalt und Drohungen an den Tedongang und eröffneten auf die Frauen, Kinder und Greise, die sich gerade auf der Brücke und in Booten befanden, vom anderen Ufer und von Dutzenden Flugzeugen aus Maschinengewehrfeuer. Der Tedongang war mit Leichen von Erschossenen gefüllt und rot von Blut. Als die Interventionen über den 38. Breitengrad südwärts zurückwichen, veranlassten sie durch Betrug und Gewaltanwendung die Bevölkerung von Seoul und allen beiderseits des Breitengrads gelegenen Städten und Dörfern zur Evakuierung, worauf sie die Flüchtlingsmenge von Flugzeugen aus beschossen liessen. Am 38. Breitengrad wurden über 10 000 Menschen getötet. Mehr als 6 000 Frauenleichen wurden in Haidchu ans Ufer geschwemmt, in den Sindschen-Gruben, Provinz Hwanghe, wurden über 2 700 Menschen getötet, darunter 300 im Alter von über 50 Jahren und 1 000 Kinder, die nicht einmal fünf Jahre alt waren.

Im Dorf Dianmenenlügun wurden über 4 000 Personen getötet. In jedem Landkreis haben die Interventionen 1 000 – 2 000 Menschen umgebracht. In den zeitweilig okkupierten Gebieten Nordkoreas wurden über 100 000 Menschen bestialisch hingemetzelt. Fügt man die Zahl der während der fünfjährigen amerikanischen Okkupation Südkoreas getöteten und verhafteten Koreaner hinzu, nämlich 300 000 Ermordete und 600 000 Verhaftete, so kann man sich davon überzeugen, dass die amerikanischen Landräuber in ihrem Streben, sich das koreanische Volk durch Massenterror untertänig zu machen, vor nichts zurückschrecken. Bei der Massenvernichtung von Koreanern lassen die amerikanischen Unmenschen ihren ungeheuerlichen sadistischen Gelüsten freien Lauf.

Hier einige Beispiele. Die Amerikaner nahmen Pak Du Sam, einen Einwohner des Landkreises Hwangdchu in der Provinz Hwanghe, fest, hackten ihm Hände und Füsse ab und begruben ihn dann bei lebendigem Leibe. Einem Einwohner des gleichen Dorfes, Pa Den Sik, schlugen sie einen Nagel in die Nase und schleppten ihn dann zwei Tage lang durchs Dorf. Nach dieser Folter wurde ihm die Haut vom Leibe geschunden, worauf man ihn erschoss. Dem Einwohner Kim Sin Du aus dem Dorf Sinheung (Amtsbezirk Boksa, Landkreis Doidon) versengten sie mit einer Kerze Finger, Kopf und Gesicht und richteten ihn dann erst hin. Die Vorsitzende des Amtsbezirkskomitees des Demokratischen Frauenbundes des Landkreises Dschuh Hwa, Genossin O Tschan Keum, zogen sie nackt aus, banden sie an einen Pfahl und übergossen sie dann mit eiskaltem Wasser. Sie liessen sie so bis zum Morgen stehen und erschossen sie dann. Eine Einwohnerin des Dorfes Delen (Amtsbezirk Senam, Landkreis Jen-

gan) schnitten sie die Brüste ab, weil sie sich weigerte, den Aufenthalt ihres Mannes zu verraten. Ihre kleinen Kinder, die sie noch stillte, verhungerten; nach dem Tod der Kinder marterten die Henker die Mutter zu Tode.

Im Dorfe Detscheunri, Landkreis Miansang, Provinz Südpjöngjang, trieben die Interventionen alle Einwohner zu einer sogenannten Kundgebung zur Begrüssung der UNO-Truppen zusammen. Auf dieser «Kundgebung» hackten die Amerikaner vier Bauern die Hände ab und drohten den übrigen: «Das gleiche Schicksal ereilt jeden, der unsere Befehle nicht ausführt.» (...)

Im Dorfe Sam-O (Amtsbezirk Tenos, Landkreis Hangso) trieben die Interventionen 62 Frauen in einen Pumpenunterstand und erschossen sie dort. Damit war der Blutrausch der Henker nicht gestillt. Sie zerschmetterten den Kindern, die weinend nach den Leichen ihrer Mütter suchten, die Köpfe. Im Landkreis Photschen, Provinz Kengin, verhafteten die US-Amerikaner 16 friedliche Einwohner, stachen ihnen die Augen aus, schnitten ihnen die Zungen und Ohren und den Frauen auch die Brüste ab. Das ist die Wahrheit, die nackte Wahrheit darüber, was die amerikanischen Interventionen jetzt in Korea treiben, wo sie selbst kleine Kinder hinmetzeln. (...)

Für alle diese in der Geschichte beispiellosen bestialischen Verbrechen müssen die amerikanischen Interventionen nicht nur dem koreanischen Volk, sondern auch dem Gericht aller Völker der Welt Rede und Antwort stehen. Die amerikanischen Imperialisten haben sich bereits davon überzeugt, dass es unmöglich ist, das koreanische Volk durch ungeheuerlichen Terror und Missetaten einzuschüchtern und in die Knie zu zwingen. Der Feind spürt schon am eigenen Leibe, wie er sich geirrt hat.

Weder das amerikanische Volk noch seine irreführte Armee in Korea will den Krieg. Das erhärten die Aussagen gefangener amerikanischer Soldaten, die froh sind, in diesem für sie so tragischen Krieg am Leben geblieben zu sein. (...)

Quelle: Beilage zur «Neuen Zeit», Nr. 11 vom 14. März 1951

Wer mehr über Ho Jong-suk (oder He Den-suk) wissen möchte, findet in «Red Love and Betrayal in the Making of North Korea: Comrade Ho Jong-suk» von Ruth Barraclough viele Infos (History Workshop Journal Issue 77, Oxford University Press).



WFR-Treffen in Berlin

Die europäischen Mitgliedsorganisationen des Weltfriedensrates (WFR) treffen sich am 29./30. April 2017 in Berlin, um über die Aktionen gegen den NATO-Gipfel vom Mai in Brüssel zu beraten. Ebenfalls traktandiert sind die Resultate der Weltfriedensversammlung vom November 2016 in Brasilien und Solidaritätsaktionen, insbesondere mit dem Türkischen Friedenskomitee.

Die SFB wird durch Sekretariatsmitglied Martin Schwander vertreten.



Unsere Welt



«Sacco und Vanzetti»: Ein Werk des italienischen Künstlers Diego Sever.
Quelle: diegoeverillustration.com © Alle Rechte vorbehalten.

Vor 90 Jahren ermordet:

Sacco & Vanzetti

Vor 90 Jahren, am 23. August 1927, wurden in Charlestown, Massachusetts Ferdinando «Nicola» Sacco (* 22. April 1891 in Torremaggiore, Provinz Foggia, Italien) und Bartolomeo Vanzetti (* 11. Juni 1888 in Villafalletto, Provinz Cuneo, Italien) trotz weltweiter Massenproteste auf dem elektrischen Stuhl hingerichtet. In Erinnerung an die beiden Gewerkschafter dokumentieren wir drei Zeitzeugnisse: Einen Artikel von Max Barth aus der radikal-pazifistischen «Sonntags-Zeitung» (Nr. 18/1927), einen Artikel von Carl von Ossietzky aus der «Weltbühne» vom 9. August 1927 und einen offenen Brief des Schriftstellers Kurt Tucholsky an den US-Botschafter in Berlin, der ebenfalls in der «Weltbühne» (16. April 1927) abgedruckt worden ist.

Max Barth

Am 9. April 1927 sind in Boston die beiden italienischen Arbeiter Sacco und Vanzetti zum zweitenmal zum Tode verurteilt worden. Dieser Fall Sacco-Vanzetti ist ein Beispiel politischer Rechtsprechung und ungerechter Handhabung der Justiz, wie es die Fälle Dreyfus in Frankreich, Fechenbach und Hölz in Deutschland waren. Die beiden Italiener sind am 5. Mai 1920 verhaftet worden unter der Beschuldigung, am 15. April desselben Jahres zwei Angestellte einer Firma in South Braintree (Mass.) ermordet zu haben. Die beiden Ermordeten hatten Lohngehälter zu transportieren und wurden vor einem Schuhladen von einer Bande, die damals in den Neu-Englandstaaten die Beraubung von Kassenboten zu ihrer Spezialität gemacht hatte, getötet. Die Bande entfloh in einem Auto mit den 15 750 Dollars, die ihr in die Hände gefallen waren.

Seit 1920 sind die beiden Unschuldigen in Haft; nach dem vor wenigen Wochen ergangenen letzten Todesurteil sollen sie in der Woche vom 10. bis 16. Juli dieses Jahres hingerichtet werden. Der Grund, aus dem sie verhaftet wurden, ist ein politischer: sie waren Anarchisten und hatten gerade in jener Zeit eine Reihe von Protestkundgebungen organisiert, in der sie gegen die amerikanische Justiz zu Felde zogen, weil der italienische Arbeiter Andrea Salsedo ohne Angabe von Gründen festgenommen und acht Wochen in Haft gehalten worden war; bis er schliesslich als Leichnam wieder in Freiheit gesetzt wurde. (Auch nachträglich ist die Verhaftung Salsedos nicht begründet worden.) Sacco und Vanzetti waren also der amerikanischen Justiz sehr unbequem; um sie

zu vernichten, wurde die schlecht angelegene Anklage wegen Raubmords gegen sie erhoben. Das Verfahren gegen sie ist die in legaler Form ausgeführte illegale Absicht, zwei Gegner korrupter Justiz zu ermorden. Ein Beispiel, das auch in europäischen Ländern seine Parallelen hat.

Es ist Sacco und Vanzetti weder irgend eine Beziehung zur Verbrecherwelt nachzuweisen gewesen, noch hat man einen Anhaltspunkt für die Auffindung der übrigen Mitglieder der Bande – die doch irgendwie zu den beiden Verhafteten in Beziehung stehen müssten – gefunden. Schon in der ersten Hauptverhandlung, 1921, haben zehn Zeugen beschworen, dass Sacco zurzeit des Mordes in Boston sich befand; noch mehr haben beidigt, dass Vanzetti gleichzeitig in Plymouth (in Amerika, nicht in England) war. Trotzdem ist schon damals, 1921, ein Todesurteil gefällt worden. Und das, obwohl dreizehn von der Staatsanwaltschaft geladene Zeugen keinen der beiden Angeklagten identifizieren konnten, zweiundzwanzig andere Zeugen bestimmt erklärten, dass keiner der beiden am Überfall beteiligt gewesen sei. Von den fünf, die Sacco und Vanzetti als die Mörder identifizierten, waren drei unglaubwürdig: zwei wegen ihres Charakters und einer wegen der Widersprüche, die zwischen seiner Aussage und der anderer Zeugen bestand.

Die übrigen zwei waren zwei Mädchen, die genau einundeinviertel Sekunden lang das Auto mit der Räuberbande hatten vorbeiflitzen sehen. Diese Zeit hat ihnen genügt, um von Sacco (über Vanzetti konnten sie überhaupt nichts aussagen) eine ganze Fülle von Einzelheiten zu erkennen, z. B. dass der Mann ein wenig

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel
Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander
Redaktion: Franziska Genitsch, Julia Hoppe, Jonas Jäggi, Toni Mächtlinger, Ruedi Moser, Martin Schwander, Louise Stebler, Samuel Wanitsch
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich.

Auflage: 3 000

Mail: sfb@bluewin.ch Telefon: 061/681 03 63 Fax: 061/681 76 32
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken. PC: 40-1627-7

Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mithelfen.

Wie kann ich helfen?

Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen. Benützen Sie dazu den Talon auf Seite 5. Herzlichen Dank!

grösser war als sie, ungefähr 140–145 Pfund wog, sauber rasiert war, dünne Wangen, dunkle Brauen, dunkles Haar, hohe Stirn, grünlich-weiße Gesichtsfarbe, gestraffte, kantige Schultern hatte, das Haar zurückgekämmt trug; dass dieses Haar «zwischen zwei und zweieinhalb Zoll lang» war; dass er ein grünes Hemd trug und ein klar und fein geschnittenes Gesicht hatte. «Er war ein muskulöser, tatbereit (active) aussehender Mann und hatte eine starke linke Hand, eine mächtige Hand.» Das alles in knapp einer Sekunde erfasst? Wie man's nimmt: in der Voruntersuchung haben die beiden Mädchen sich nicht getraut, Sacco zu identifizieren; aber einige Wochen später erklärte dann die eine, Miss Splaine, dass ihr durch «Überlegen» die Gewissheit gekommen sei. Und die andere schloss sich ihr an.

Seit sieben Jahren sind Sacco und Vanzetti unschuldig im Gefängnis. Die Sozialisten, Kommunisten, wirklich liberalen, wirklich demokratischen Menschen vieler Länder, auch Amerikas, haben in unzähligen Protesten die Freilassung der beiden Opfer einer verkommenen Justiz gefordert: umsonst — die Bourgeoisie will ihr Opfer haben. Ihr schlägt bei diesem Justizmord auch nicht eine Minute lang das Gewissen.

Quelle: www.erich-schairer.de

Kurt Tucholsky

An den Botschafter der Vereinigten Staaten ist folgendes Schreiben abgegangen:

Euer Exzellenz!

Ich habe die Ehre, Ihnen folgende Angelegenheit zu unterbreiten:

Wie in politischen Kreisen bekannt ist, hat der oberste Gerichtshof in Boston in den Vereinigten Staaten die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen die Arbeiter Sacco und Vanzetti abgelehnt, so dass formal einer Vollstreckung des Todesurteils nichts mehr im Wege steht. Als Herausgeber einer Wochenschrift, die seit langen Jahren für die Gerechtigkeit und die Freiheit eingetreten ist, erlaube ich mir, Euer Exzellenz den Protest eines grossen deutschen Kreises von Intellektuellen und Angehörigen der arbeitenden Klasse gegen die geplante Hinrichtung dieser beiden Männer zu übermitteln. Wenn ich das tue, so liegt mir nichts ferner, als mich in die innerpolitischen Verhältnisse der Vereinigten Staaten einmischen zu wollen. Als Angehöriger eines Volkes aber, das Justizirrtümer und Schlimmeres aus eigener Anschauung kennt, möchte ich zu bedenken geben, wie das Ansehen jeden Staates, also auch der Vereinigten Staaten, durch solche Vorkommnisse leiden muss. Selbst wenn Sacco und Vanzetti Taten begangen haben sollten, die nach dem amerikanischen Gesetz strafbar sind, was bei der Qualität der belastenden Zeugenaussagen auch nach amerikanischen Presseäusserungen nicht feststeht, scheint mir und meinen Freunden die jahrelange Todesangst dieser Leute eine ausreichende Kompensation für ihre Handlungsweise zu sein. Ich darf Euer Exzellenz ergebnst darauf aufmerksam machen, dass die Sympathie politisch denkender und aktiver Schichten Deutschlands durchaus auf seiten der Verurteilten ist. Die Verletzung der

einfachsten Menschenrechte bedarf einer Reparatur; die Begnadigung der beiden Leute ist in unsern Augen das mindeste, was von der amerikanischen Regierung erwartet wird. Wir protestieren auf das schärfste gegen die beabsichtigte Hinrichtung von Sacco und Vanzetti.

Ich erlaube mir hinzuzufügen, dass dieser Protest in der nächsten Nummer meines Blattes erscheinen wird.

Ich bin mit den besten Empfehlungen Euer Exzellenz ergebener

Tucholsky

Quelle: Die Weltbühne, 16.04.1927,

Carl von Ossietzky

Etwas Unerhörtes, Niedergewesenes begibt sich in diesen Tagen: die diplomatischen Vertretungen der Vereinigten Staaten von Amerika in allen Hauptstädten der Erde stehen unter verzehnfachtem polizeilichem Schutz. Denn der Name der Mutter aller europäischen Demokratien ist über Nacht odios geworden, odioser als der Zarismus je in der Blüte seiner Sünden war. In Paris, London, Berlin, Buenos Aires, überall wachsen Proteste zu Demonstrationen und morgen vielleicht zu Gewalttaten. Der Fall Sacco-Vanzetti, die Beharrlichkeit der Oberrichter, an einem von den besten Juristen der Welt als Fehlpruch bezeichneten Todesurteil festzuhalten, hat die moralische Reputation der Vereinigten Staaten in wenigen Tagen ruiniert. Liberty trägt eine Henkerfratze, und die hochgehobene Fackel wird zur Todesfackel ihrer eignen ruhmvollen Vergangenheit. Auf dem ganzen Erdenrund bäumen sich die Herzen gegen die Vollstreckung eines Todesurteils an zwei Schuldlosen. In New York, in Baltimore krachen Bomben; die Polizei ist bis auf die letzten Reserven aufgeboten; ein Heer von Detektiven hat das Landhaus des Präsidenten zerniert. Der Versuch desperater Freunde der beiden Verurteilten, die Staatsorgane durch Terror einzuschüchtern, ist heroisch, aber ganz sinnlos. Eine empfindlichere Obrigkeit, eine zartnervigere Justiz mag dadurch geschreckt werden. Doch der amerikanische Staat ist gesund und glaubt an sich; er hat ein vorzügliches Gebiss und hält in seiner jugendfrischen Roheit den Elan seiner Schneidezähne für sittliche Qualität. Keine Skepsis bohrt in ihm wie in den alten Plutokratien Europas. Er glaubt an seine Mission, die heutige soziale Ordnung zu schützen, und an die Verdienstlichkeit, Ketzerei und Zweifel daran auf dem elektrischen Stuhl verzucken zu lassen. Die Bilder zeigen den Urheber des Skandals: den Gouverneur Fuller, als rundlichen, energischen Herrn mit

freiem Blick und wohlentwickelten Kauwerkzeugen. Das Erschreckende ist, dass dieser Mann wohl keinen Augenblick daran denkt, wie entsetzlich er handelt; die beiden Proletarier, seit sieben Jahren todgeweiht, seit sieben Jahren täglich und stündlich des letzten Weges harrend, mögen ihn keine Minute ernsthaft gestört haben. Keine Furche geheimer Angst hat sich in das glatte gutrasierte Fett dieses Gesichts gekerbt. Die Verurteilten sind anders geartet, sie leugnen das Eigentum; der Herr Gouverneur zählt sie nicht zur Menschheit. Vielleicht sind sie sogar unschuldig? Was tut es? Tötet sie alle, Gott kennt die Seinen! Das Klassengefühl hat alle andern Empfindungen und Erwägungen erstickt. Die Richter der ganzen Welt sollten heute in Washington interpellieren, es ist ihre Sache, um die es geht, denn was die amerikanische Justiz hier verbrochen hat, das wird einmal an der Justiz aller Reiche der Welt gehandelt werden. Wenn sich einmal das Arbeitsvolk des ganzen Erdkreises erhebt, so wird es auf seinen Bannern die geweihten Namen Saccos und Vanzettis vorantragen, und im Namen Saccos und Vanzettis wird der Sklavenaufbruch der Zukunft die Justizpaläste in Trümmer legen. Auch das kämpfende Proletariat hat seine heiligen Märtyrer, auf Goldgrund wird es die Köpfe Saccos und Vanzettis verehren wie die junge Christenheit in den Katakomben ihre Gekreuzigten und Gevierteilten. Als die Wächter in die Zelle Saccos und Vanzettis traten, um ihnen mitzuteilen, dass ihr letzter Einspruch verworfen, lagen die beiden hingestreckt auf ihren Pritschen und schliefen. Sieben Jahre haben sie gewacht, Sekunde für Sekunde den Tod erlitten. Nun liegen sie entspannt und schlafen. Zwei Helden von der grossen Art: der leidenden. Als sie in diese Zelle kamen, kannte niemand ihre Namen. Heute gibt es kein Dorf, wo man die nicht kennt, und in den letzten Winkel hinter der Welt dringt klagend eine Ahnung von der Unendlichkeit des Leidens der beiden. Unter einer Kruste von Gleichgültigkeit und Habgier regt sich ein gemeinsames Gewissen, Scham vor sich selbst wühlt die Menschheit auf. Zwei kleine Soldaten der Freiheitsarmee haben das vollbracht. Jetzt liegen sie auf die Pritsche gestreckt, in der traumlosen Versunkenheit erfüllter Pflicht, einerlei, ob das Erwachen Freiheit oder Ende bringt. Die Wächter stossen sich an, tuscheln und gehen auf Fussspitzen hinaus. Sacco und Vanzetti schlafen. Sacco und Vanzetti dürfen wieder schlafen.

Quelle: Carl von Ossietzky, *Reichenschaft, Fischer Taschenbuch Verlag, 1972*



Millionen von Menschen in den USA und in aller Welt protestierten gegen das Todesurteil.